Breslauer Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementspr. in Breslau 5 Mark, Wochen-Abonnem. 50 Pf., außerhalb pro Quartal incl. Porto 6 Mark 50 Pf. — Insertionsgebühr für den Raum einer sechstheiligen Petit-Zeile 20 Pf., Reclame 50 Pf.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag einmal, Montag zweimal, an den übrigen Tagen dreimal erscheint.

Nr. 540. Mittag-Ausgabe. Neunundfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt. **Montag, den 18. November 1878.**

Deutschland.

Berlin, 16. Novbr. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat den Reg.-Rath Eggebrecht zum Bezirks-Verwaltungsgerichts-Director in Gumbinnen, und den bisherigen außerordentlichen Professor Dr. Gustav Lastig in der juristischen Facultät der Universität zu Halle zum ordentlichen Professor in derselben Facultät ernannt, sowie dem mit den Functionen des technischen Mitgliedes der Eisenbahn-Commission für die Hinterpommersche Bahn zu Stettin betrauten Regierungs-Baumeister Paul Felix Hasse, früher Ober-Betriebs-Inspector bei der Berlin-Stettiner Bahn, den Charakter als Baurath verliehen.

Dem Forstmeister Schimmelfennig zu Hannover ist die, durch die Pensionirung des Forstmeisters Olberg erledigte, Forstmeisterstelle zu Magdeburg-Magdeburg übertragen worden. Der Oberförster-Candidat Andreas Barth ist zum Oberförster ernannt und ihm die, durch Versetzung des Oberförsters Rörig erledigte, Oberförsterstelle zu Mauche, im Regierungsbezirk Posen, übertragen worden. — Dem Appellationsgerichtsrath Gräbe in Posen und dem Kreisgerichtsrath Stohlmann in Herford ist die nachgesuchte Dienstentlassung mit Pension ertheilt. Der Staats-Procurator Dahmen in Simmern ist an das Landgericht in Coblenz versetzt. (R.-A.)

Berlin, 16. Novbr. [Antrag der preußischen Regierung auf Revision des Zolltarifes. — Verhandlungen mit Rom. — Versammlung von Vertretern der großen Privatbanken.] Die preußische Regierung hat vor mehreren Tagen beim Bundesrath einen Antrag eingereicht auf Revision des Zolltarifs in dem Sinne, daß ein autonomer Zolltarif hergestellt wird; dieser Antrag ist zunächst dem Ausschuß für Zollangelegenheiten im Bundesrath zur Berichterstattung übergeben worden; gleichzeitig haben die Bundesrathsmitglieder an ihre resp. Regierungen diesen Antrag gemeldet, um von diesen weitere Verhaltungsmaßregeln zu empfangen. Es sollen auch, wie wir vernehmen, zwischen den hervorragendsten Regierungen und der preußischen speciell vertrauliche Unterhandlungen über dieses Thema stattfinden, um eine Vereinbarung herbeizuführen. Hervorgerufen ist der ganze Antrag durch die Erklärungen der 204 Mitglieder der freien volkswirthschaftlichen Vereinigung, welche in dem Sinne eine Eingabe an den Reichskanzler gemacht haben und durch die schutzzöllnerischen Bestrebungen dieser Vereinigung überhaupt. Es ist auch innerhalb derselben bereits ein autonomer Zolltarif zur Ausarbeitung gekommen, welcher besonders die Interessen und Wünsche der Industriellen vertritt. Diese Ausarbeitung sowohl wie die Resultate der Enqueten, welche auf dem Gebiet der Eisen-, Baumwoll- und Textil-Industrie ausgestellt worden sind und die Berichte der Enquete-Commissionen werden dem Ausschuß bei seiner Begutachtung der Frage zur Grundlage dienen. Es ist daher kaum anzunehmen, daß die Revision des Zolltarifs und die Aufstellung eines autonomen Tarifs vor Januar oder Februar k. J. beendet sein können. Alle Nachrichten daher, welche sich darüber aussprechen, daß bereits schon bestimmte Zölle von der preußischen Regierung als solche bezeichnet sind, welche besonders berücksichtigt werden sollen, sind durchaus unrichtig; wahrscheinlich ist es allerdings, daß in erster Linie der Eisenzoll wieder hergestellt wird, sowie eine Erhöhung der Zolle auf Textilwaaren eintritt. — Betreffs der Verhandlungen mit Rom wird uns aus guter Quelle mitgetheilt, daß dieselben, welche von dem deutschen Botschafter v. Keudell mit dem Cardinal Nina geführt werden, nur ein langsames Vorrücken haben können, weil das Detail, welches zu berathen ist, ein sehr umfangreiches ist. Es handelt sich nicht sowohl um eine Revision der sogen. Maigesetze als vielmehr in erster Linie vorzugsweise um die Reactivirung der Bischöfe und überhaupt um die Wiederherstellung der kirchlichen Ordnung und Aemter. Es muß dabei jeder einzelne Fall einer eingehenden Erörternng unterzogen werden, welche sich nicht mit nur allgemeinen Gesichtspunkten und Directiven abmachen läßt, wenn auch Herr von Keudell jedenfalls von den Absichten des Reichskanzlers genau unterrichtet ist und gewissermaßen eine Directive erhalten hat. Doch muß über jeden einzelnen Fall nach genauer Erwägung hierher berichtet werden; daher finden fortgesetzte Verhandlnngen zwischen hier und Rom statt und kann sich die Sache so noch ziemlich in die Länge ziehen, so daß in diesem Jahre keineswegs mehr an einen Abschluß zu denken ist. Indeß zeigt es sich bei allen diesen Verhandlungen, daß die Curie entschieden den Frieden wünscht und alle Schärfe bei denselben zu mildern sucht, und giebt man sich hier der Hoffnung hin, wie ja auch die „Prov.-Corresp." halbamtlich mitgetheilt hat, daß die Unterhandlungen zu einem günstigen Ziel kommen werden. Man muß daher annehmen, daß Fürst Bismarck von der Absicht ausgeht, zunächst unter solchen Bedingungen die hohen Würdenträger der Kirche in ihre Aemter wieder zurückzuführen, welche zugleich das Interesse des Staats nicht schädigen, damit einen Frieden mit der katholischen Kirche zu gewinnen und zu gleicher Zeit den katholischen Clerus gewissermaßen zu entwaffnen, so daß von dem Moment an, wo diese Reactivirung des Clerus eingetreten ist, dieser bestrebt ist, innerhalb des katholischen Volkes eine Versöhnung des letzteren mit der Staatsbehörde anzubahnen; auf Grund dieser Versöhnung würde sich dann eine Revision der Maigesetze leicht machen lassen und zwar so, daß sie den Wünschen des katholischen Volkes und der Geistlichkeit zugleich entspräche, ohne doch dem Ansehen des Staates zu schaden. — In diesen Tagen waren hier die Vertreter der privaten Hauptbanken, wie der Gothaer, Münchener u. s. w., versammelt, um in Berathungen über den Stand des Privatverkehrs im Reiche zu treten. Der gefaßte Beschluß entzieht sich vorläufig noch der Oeffentlichkeit und werden wir später erst die Resultate dieser Versammlung erfahren resp. mittheilen können.

= **Berlin**, 17. Nov. [Der Antrag des Reichskanzlers bezüglich der Zoll- und Steuerreform. — General-Enquete über den Zolltarif.] Die bereits mitgetheilte Absicht der Reichsregierung, sämmtliche Fragen der Zoll- und Steuerreform einer Commission zu unterbreiten, hat jetzt in einem förmlichen Antrage des Reichskanzlers an den Bundesrath greifbare Gestalt gewonnen. Dieser Antrag geht davon aus, daß die finanzielle Lage des Reiches wie der Einzelstaaten eine Vermehrung der Einnahmequellen zur unabweisbaren Nothwendigkeit mache, daß aus dieser Einsicht heraus die Berufung der Heidelberger Conferenzen erfolgt sei, welche sich über eine weitere Ausbildung des Systems der indirecten Besteuerung in Deutschland und die dabei vorzugsweise in Betracht kommenden Finanzartikel verständigt habe. Außerdem wird darauf hingewiesen, daß die jetzige Lage der deutschen Industrie und die Schutzzollbestrebungen in den großen Nachbarstaaten und in Amerika eine Untersuchung darüber erfordert, ob nicht auch den vaterländischen Erzeugnissen in erhöhtem Maße die Versorgung des deutschen Marktes vorzubehalten und dadurch auf die Vermehrung der inländischen Production hinzuwirken sei", sowie zur Erwägung der Frage, ob sich durch neue Verträge schädliche Schranken unserer Exportinteressen beseitigen lassen. Die Ergebnisse der Eisen-, Baumwoll- nnd Leinen-Enquêten sollen nach Begründung des Antrages über die Zweckmäßigkeit „einer Erhöhung oder Wiedereinführung von Zöllen auf die Erzeugnisse" dieser Industrien entscheiden. Im Weiteren wird die Vorlegung von bereits angeregten Aenderungen des autonomen Zolltarifs, worüber Vorarbeiten im Gange, angekündigt und auch für andere Erzeugnisse die Einführung höherer Eingangszölle in Aussicht gestellt. Ferner soll die Commission sich auch über eine Einstellung einer anderen Gewichtseinheit in den Tarif und die Frage der Aufeinanderfolge der einzelnen Positionen namentlich dahin entscheiden, ob nicht eine strengere, alphabetische Ordnung oder eine systematische Gruppirung für den künftigen Tarif zu wählen sein möchte. Die thunlichste Beschleunigung der Lösung dieser Fragen wird betont, um der für die betheiligten Erwerbszweige drückenden Ungewißheit über die Tarifreform möglichst bald ein Ende zu machen und damit die Einsetzung einer besonderen Commission gerechtfertigt, welche die Revision des Zolltarifes vorbereiten und bezügl. Anträge an den Bundesrath bringen sollte. Die Commission würde sich nur mit dem Zolltarif zu beschäftigen haben, während die Finanzartikel, aus denen nach Beschlüssen der Heidelberger Conferenz eine Erhöhung der Reichseinnahmen fließen soll, einer gesonderten Bearbeitung unterliegen. Es ist anheimgegeben, die Commission aus einer nicht zu knapp bemessenen Anzahl von Mitgliedern aus Beamten des Reiches und hauptsächlich betheiligten Einzelstaaten zusammen zu setzen und die Bearbeitung der einzelnen Detailfragen nach Feststellung der allgemeinen Grundsätze kleineren, aus der Mitte der Commission zu bildenden Subcommissionen zu übertragen. Schließlich wird empfohlen, sowohl die Commission als die Subcommissionen zu ermächtigen, Sachverständige zu vernehmen, schriftliche Gutachten einzufordern oder die Landesbehörden zu Ermittelungen heranzuziehen. Der Bundesrath wird sich demnächst über diesen Antrag schlüssig zu machen haben, der also eine General-Enquete über den Zolltarif in Aussicht stellt. Es ist dies ein Unternehmen, welches sich freilich nicht kurzer Hand erledigen läßt und also auch nicht bis zum nächsten Reichstag ausgeführt sein kann. Dagegen ist die Annahme gerechtfertigt, daß die Resultate der Heidelberger Conferenzen, also die Erhöhung einzelner Zölle, den Mittelpunkt der Verhandlungen des nächsten Reichstags bilden werden.

[Zur Wiederübernahme der Regierung durch den Kaiser.] Die „Kreuz-Ztg." schreibt: Entgegen dem vielfach verbreiteten Gerüchte, daß Seine Majestät der Kaiser und König den kommenden Winter nicht in Berlin zubringen werde, ist darauf hinzuweisen, daß bis jetzt gar nichts bestimmt ist, was diesem Gerüchte eine Unterlage zu geben angethan wäre. Im Gegentheil, es ist der feste Wille Seiner Majestät, in Berlin die Regierung wieder zu übernehmen. In welchem Umfange dies geschehen wird, das wird allerdings erst von den Umständen abhängen. Der Kaiser schreibt seit längerer Zeit schon Briefe von vier bis sechs Seiten, Antworten auf Adressen im Concept, und zwar ohne jede Mühe und mit so sicheren Schriftzügen, wie man solche früher von ihm zu sehen gewohnt war. Von Interesse möchte es sein, zu erfahren, daß die ersten Schriftzüge, welche der Kaiser nach seiner Verwundung überhaupt wieder mit freier Hand schrieb, eine Widmung auf einer Briefmappe waren, welche Se. Majestät dem Hofmarschall Grafen v. Perponcher zu dessen Geburtstage am 11. August verehrte.

[Der Aufenthalt der kronprinzlichen Familie] im Neuen Palais bei Potsdam wird bis Ende November währen. In Wiesbaden sprach man der „B. M.-Z." zufolge davon, daß die höchsten Herrschaften demnächst bis kurz vor Weihnachten einen Aufenthalt dort nehmen würden. Endgiltiges scheint darüber noch nicht festzustehen.

[Verbote auf Grund des Reichs-Gesetzes vom 21sten October 1878.] Der „demokratische Wahl-Verein" zu Rawitsch. Der Gesang-Verein „Vorwärts" zu Rawitsch. Die im Verlage von J. Steinebach in Wilhelmshaven erschienene Nr. 7 des „Wilhelmshavener Volksfreunds" und das fernere Erscheinen dieser periodischen Druckschrift. Die 1872 im Selbstverlage von M. Rittinghausen in Köln erschienene nicht periodische Druckschrift: „Socialdemokratische Abhandlungen." Fünftes Heft: „Widerlegung der gegen die directe Gesetzgebung durch das Volk gerichteten Einwürfe." Der Arbeiter-Bildungsverein in Pforzheim.

[Ueber die Schwierigkeiten bei Einrichtung des obersten Gerichtshofes zu Leipzig] schreibt man der „Nat.-Z." aus nächstbetheiligten Kreisen:

„Je näher der Zeitpunkt heranrückt, mit welchem die neue Justizorganisation und zugleich das höchste Reichsgericht zu Leipzig ins Leben treten soll, um so mehr machen von Neuem die realistischen Bedenken sich geltend, welche seiner Zeit gegen die Wahl Leipzigs vorgebracht wurden und deren nicht hinwegzuleugnende Existenz auf die Leistungsfähigkeit jenes Gerichtshofes leicht eine sehr bedenkliche Rückwirkung äußern könnte. Jedenfalls wird es gut sein, wenn diejenigen, welche zu jenem Gerichtshof berufen werden, bei Zeiten die Mißstände, welche dort ihrer warten, kennen lernen, um ihnen wenigstens nach Kräften zu begegnen.

Die erste Frage, welche an die nach Leipzig Uebersiedelnden herantritt, ist die Wohnungsfrage. Man würde sich täuschen, wenn man von den Wohnungen in Leipzig gleiche Annehmlichkeiten, gleiche Eleganz, wie sie die für Familien von entsprechender Lebensstellung bestimmten Wohnungen in Berlin bieten, erwarten wollte. Freilich liegt dort ein großer Theil der inneren Einrichtung der Wohnung in den Händen der Miether. Der Hauswirth in Leipzig pflegt die Wohnung nicht in fertigem Zustande zu liefern, sondern verlangt von dem Miether, daß dieser bald alles Decorative (Thüren- und Fensteranstrich, Tapezirung, Deckenmalerei 2c.), bald auch noch alle sonstigen inneren Einrichtungen (Stubenöfen, Doppelfenster, Gaseinrichtung, Kochofen 2c.) auf seine eigenen Kosten herstelle. Verläßt dann der Miether die Wohnung, so hat er die Kosten verloren. Die Miethspreise sind im Allgemeinen wohl den Berliner Preisen entsprechend. In der Regel wird aber verlangt, daß der Miether auf mehrere Jahre miethe und den Miethspreis ein halbes oder ganzes Jahr vorausbezahle. Von einem neu anziehenden Mitgliede des Reichsoberhandelsgerichts wurde sogar begehrt, daß er für alle Zinstermine der mehrjährigen Miethszeit sofort beim Einzuge Wechsel ausstelle; was dieser freilich nicht that, indem er es vorzog, sich vorerst mit einer unzureichenden Wohnung zu behelfen.

Schon die Thatsache, daß alle solche Anmuthungen von den Hauseigenthümern gestellt und von den Miethern regelmäßig erfüllt werden, weist darauf hin, daß das Verhältniß von Angebot und Nachfrage bei Wohnungen sehr zu Ungunsten der Nachfrage steht. Es liegen hierfür auch noch directere Beweise vor. Eine zur Ermittelung von Wohnungen für die Beamten des Reichsgerichts gebildete Commission hat vor einiger Zeit festgestellt, daß 21 oder 22 geeignete Wohnungen im Preise von 500 bis 800 Thaler leer waren. Erheblich vermehrt hat sich diese Zahl inzwischen nicht. Eifrige Leipziger behaupten freilich, es würde im nächsten Jahre so viel gebaut werden, daß am 1. October die für das Reichsgericht nöthigen Wohnungen vorhanden sein würden. Es kann aber doch wohl ernstlich Niemandem zugemuthet werden, am 1. October in Häuser zu ziehen, deren Bau erst im Frühjahr begonnen hat. Hiernach ist es nach dem Urtheil durchaus ortskundiger Männer kaum zweifelhaft, daß, wenn zu den Mitgliedern des jetzigen Oberhandelsgerichts noch etwa 40 weitere Mitglieder, ferner die Staatsanwälte, die Rechtsanwälte und die gesammten Unterbeamten hinzutreten, angemessene Wohnungen für sie zuerst überhaupt nicht in ausreichendem Maße vorhanden sind. Diejenigen, welche zunächst in Leipzig keine Wohnung finden, können zum Theil vielleicht in den durch Pferdebahn mit der Stadt verbundenen Dörfern ein Unterkommen finden; oder sie werden sich entschließen müssen, vorerst ihre Familien zurückzulassen; oder es muß ihnen gestattet werden, daß sie etwa in nahen Städten (Halle, Merseburg 2c.) Wohnung nehmen und nur zu den Sitzungen herüberkommen, bis allmälig Wohnungen für sie geschaffen werden.

Es liegt auf der Hand, daß diese Verhältnisse auch nicht geeignet sind, die Hauseigenthümer in ihren schon sehr hochgehenden Anmuthungen an die Miether herabzustimmen. Gleich nach Erlaß des Gesetzes vom 11. April 1877 haben viele Hauswirthe ihre Miethspreise gesteigert. Andere erklärten, sie vermietheten nur noch bis zum 1. October 1879. Danach läßt sich wohl voraussetzen, wie die Anforderungen an Diejenigen sich stellen werden, welche genöthigt sind, für den 1. October 1879 eine Wohnung zu suchen. Ortskundige halten es deshalb für sehr rathsam, wenn die zur Uebersiedelung Entschlossenen womöglich schon jetzt, von Ostern bis Johannis n. J. ab, also mit dem Opfer eines halb- oder vierteljährigen Miethszinses, eine Wohnung sich zu verschaffen suchen.

Ein anderer, schon bisher von den Mitgliedern des Reichsoberhandelsgerichts lebhaft empfundener Mißstand des Leipziger Aufenthalts liegt in den dortigen Steuerverhältnissen. Die Staatssteuern betragen schon jetzt über 8 Procent eines Rathsgehaltes und 10 Procent eines Präsidentengehaltes. Im nächsten Jahr steht noch eine erhebliche Steigerung in Aussicht. Die Einkommensteuer z. B., welche von 10,800 Mk. Einkommen jetzt 329 Mk. beträgt, wird nach einem bereits publicirten Gesetze noch einen Zuschlag von 50 Procent erhalten. Die Gemeindesteuern waren in diesem Jahre ausnahmsweise gering; sie betrugen von einem Rathsgehalt nur 255 Mk. Zu ihnen kommt aber noch die nicht unerhebliche Kirchensteuer und Armensteuer.

Wir könnten zur Charakterisirung der Lebensverhältnisse, wie sie voraussichtlich für die Mitglieder des Reichsgerichts in Leipzig sich stellen werden, noch manches Weitere anführen. So z. B. die Thatsache, daß auch der gesellige Verkehr für die Mitglieder des Oberhandelsgerichts sich sehr wenig befriedigend erwiesen hat, indem dieselben im Wesentlichen nur auf den Umgang untereinander sich angewiesen fanden. Es mag indeß genügen, auf die vorbesprochenen Punkte hingewiesen zu haben, um mindestens die Frage öffentlich anzuregen, ob nicht etwas dazu geschehen könne, den Männern, die man als Organe der höchsten deutschen Rechtsprechung zu berufen gedenkt, — Männer, welche zumeist in vorgerücktem Lebensalter und aus einer behaglichen Lebensstellung heraus das an sich schon schwere Opfer einer Uebersiedelung bringen sollen — die Verhältnisse des ihnen angewiesenen neuen Wohnorts etwas gastlicher zu gestalten."

[Besprechung zwischen dem Reichskanzler und preußischen Ministern.] Im Gegensatz zu der auch von uns gebrachten officiösen Meldung, daß keine derartige Besprechung in jüngster Zeit stattgefunden, schreibt die Kreuz-Zeitung: Nach unserer Kenntniß hatte der Reichskanzler am Tage vor seiner Abreise den Handelsminister und den Finanzminister zum Diner eingeladen, nach welchem längere vertrauliche Besprechungen mit denselben stattfanden. Es wird ferner berichtet, daß vor der Abreise des Kanzlers auch eine Verständigung über das weitere Vorgehen in Betreff der Eisenbahn-Angelegenheit, besonders wegen des Ankaufs mehrerer Privatbahnen getroffen worden ist. Es gilt jetzt als wahrscheinlich, daß diese Frage den Landtag schon in der bevorstehenden Session beschäftigen werde.

[Das bereits telegraphisch signalisirte Schreiben des Herzogs von Cumberland] hat nach der „N. A. Z." folgenden Wortlaut:

Durchlauchtigster, Großmächtigster Fürst,
freundlich lieber Bruder und Vetter!

Mit tief betrübtem Herzen erfülle Ich die traurige Pflicht, Eurer Majestät die Anzeige zu machen, daß es Gott in seinem unerforschlichen Rathschlusse gefallen hat, Meinen vielgeliebten Vater, Se. Majestät Georg V., König von Hannover, königlichen Prinzen von Großbritannien und Irland, Herzog von Cumberland, Herzog zu Braunschweig und Lüneburg 2c., zu Paris am 12. Juni d. J. nach längeren Leiden aus diesem Leben abzurufen.

In Folge dieses Mich und Mein Haus tief erschütternden Todesfalles sind alle Rechte, Prärogative und Titel, welche dem König, Meinem Vater, überhaupt und insbesondere in Beziehung auf das Königreich Hannover, zustanden, kraft der in Meinem Hause bestehenden Erbfolgeordnung auf Mich übergegangen.

Alle diese Rechte, Prärogative und Titel halte ich voll und ganz aufrecht.

Da jedoch der Ausübung derselben in Beziehung auf das Königreich Hannover thatsächliche, für Mich selbstverständlich nicht rechtsverbindliche Hindernisse entgegenstehen, so habe Ich beschlossen, für die Dauer dieser Hindernisse den Titel „Herzog von Cumberland, Herzog zu Braunschweig und Lüneburg" mit dem Prädicat „Königliche Hoheit" zu führen.

Indem Ich auch hiervon Mittheilung mache, wird es einer besonderen Erwähnung nicht bedürfen, daß Meine oder Meines in voller Selbstständigkeit verharrenden Hauses Gesammtrechte durch den zeitweiligen Nichtgebrauch der dieselben bezeichnenden Titel und Würden in keinerlei Weise aufgehoben oder eingeschränkt werden können.

Gmunden, Juli 1878.

Ich verbleibe Eurer Majestät freundwilliger Bruder und Vetter

(gez.) Ernst August.

An des Königs von Preußen Majestät.

[Marine.] S. M. Glattdecks-Corvette „Nymphe", 9 Geschütze, Commandant Corv.-Capt. Sattig, ist am 23 October cr. von Rio de Janeiro nach San San Sebastian in See gegangen. — S. M. Dampfkanonenboot „Wolf", 4 Geschütze, Commandant Capt.-Lieutnt. Becks, ist am 12. d. von Sheerneß nach Malta in See gegangen.

Leipzig, 15. Nov. Im „Correspondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer" vom heutigen Datum finden wir folgende Bekanntmachung des Präsidenten des Buchdruckerverbandes:

Angestellte Erörterungen über die Zwecke des „Deutschen Buchdruckerverbandes" haben zur Folge gehabt, daß die hiesige Landespolizeibehörde zwar von einem Verbot auf Grund des Socialistengesetzes Abstand nahm, jedoch den Verband als einen solchen Verein bezeichnen zu müssen glaubte, der sich mit „öffentlichen Angelegenheiten" beschäftige und sonach nach § 24 des sächsischen Vereinsgesetzes corporativer Rechte bedürfe. Unter Berücksichtigung der augenblicklichen Sachlage hat die Verbandsleitung beschlossen, von einem Recurs gegen die Entscheidung abzusehen, vielmehr die Unterstützungskassen des Verbandes auf Grund des königl. sächs. Gesetzes vom 15. Juni 1868, die juristischen Personen betreffend, eintragen zu lassen und zwar unter der Firma: „Unterstützungsverein deutscher Buchdruckergehilfen", welcher Verein mit dem 1. December d. J. in Kraft treten soll. Es würden sonach auf diesen Verein vom gedachten Tage ab alle Pflichten und Rechte der Mitglieder des Deutschen Buchdruckerverbandes, soweit sich dieselben auf Leistungen von Beiträgen, bezw. Empfangnahme von Unterstützungen beziehen, übergehen, und der letztere damit seine Thätigkeit einzustellen haben. Weitere Mittheilungen erfolgen je nach Verlauf der Sache.

Leipzig, 12. November 1878. R. Härtel.

Wiesbaden, 16. Nov. [Se. Majestät der Kaiser] hat für heute eine Einladung des Landgrafen von Hessen zum Diner angenommen und wird Abends im Hoftheater der Aufführung der neuen

Oper „Die Albigenser" von Jules de Swert beiwohnen. Der Großherzog und die Prinzessin Elisabeth von Sachsen-Weimar sind gestern Abend nach Weimar zurückgereist.

Darmstadt, 16. Nov. [Krankheits-Bulletin] von heute: Der Großherzog ist seit heute Morgen fieberfrei, der örtliche Prozeß ist stellenweise im Rückgange. Bei dem Erbgroßherzoge hat sich die Drüsenanschwellung am Halse vergrößert, das Fieber ist geringer. Die Prinzessin Irene ist fieberfrei, doch ist der Zustand im Allgemeinen dem schweren Charakter der Krankheit entsprechend und die örtlichen Erscheinungen am Halse sind stark entwickelt. Das Befinden der Prinzessinnen Victoria und Alix ist unverändert. Die jüngste Tochter des Großherzogs, Prinzessin Marie, geboren am 24. Mai 1874, ist gestorben.

Darmstadt, 17. Nov. [Ein Extrablatt der „Darmstädter Ztg."] veröffentlicht folgendes Bulletin von heute Morgen 9 Uhr: Der Großherzog ist fortdauernd fieberfrei; die diphteritischen Membranen haben sich bisher erst theilweise abgestoßen, doch schreitet die entschiedene Besserung fort. Bei dem Erbgroßherzog ist eine entschiedene Wendung zur Besserung eingetreten.

Italien.

Rom, 12. Nov. [Die Betheiligung der Katholiken an den allgemeinen Wahlen.] Bei Gelegenheit der Besprechung der Frage der Theilnahme der Katholiken an den allgemeinen Wahlen läßt uns die „Voce della Verita" einen Blick in die Erwartungen, die der Vatican an die Zukunft knüpft, thun. Die Grundlage, au, welcher der Vatican seine stolzen Pläne für diese baut, ist in drei Worten zu sagen: „Im Trüben fischen." Deshalb schreibt man der „Voss. Ztg." heißt auch die Parole, die die „Voce della Verita" für die Zukunft ausgiebt, nicht bloß in Bezug auf die Politik Italiens gegenüber, sondern auch hinsichtlich Frankreichs, Deutschlands und Spanins „studfare ed apparcchiare" studiren und sich rüsten. Die politische Frage in Europa, meint die „Voce", sei erledigt, es begönne die sociale Frage eine brennende zu werden. Große Veränderungen bereiteten sich vor und Jedermann wisse, wie viele Beziehungen die Kirche zu der socialen Frage hätte. Damit nun auch kein Zweifel bleibe, was die „Voce" unter socialer Frage versteht, wendet sie diese allgemeinen Grundsätze auf Italien an. Hier, meint sie, sei die sociale, sie sollte lieber sagen, socialistische Frage noch nicht so vorgeschritten wie in dem übrigen Europa, hier handle es sich darum, noch einen politischen Schritt zu thun, den nämlich, erst die Monarchie zu beseitigen. Mit echt jesnitischer Heuchelei fügt sie dann hinzu: „Wir Katholiken wollen uns zwar nicht die Hände dadurch beschmutzen, daß wir uns mit den Feinden des Thrones verbinden, aber andererseits ist es doch wahr, daß wir Katholiken nicht gerade die Aufgabe haben, eine Monarchie zu retten, welche sich ihren eigenen Untergang bereitet, nachdem sie den Thron des Papstes gestürzt hat." Nach diesen Erklärungen wird sich Italien niemals beklagen können, daß ihm die Politik des Vaticans unklar geblieben ist. Erst die Republik, dann die Anarchie und aus dieser heraus der Triumph der Kirche. Das ist des Vaticans Programm für Italien. Aber auch für uns Deutsche sind diese Aeußerungen einer Macht, — denn der Vatican ist eine Macht, die in den letzten acht Jahren, wo immer sie nur ihre Hebel einsetzt, destructiv gewirkt hat — belehrend. Die Verhandlungen des Vaticans mit Deutschland sind seitens des ersteren auch nicht aus dem Bedürfniß hervorgegangen, unserm Vaterlande den kirchlichen Frieden wiederzugeben, das religiöse Bedürfniß der Katholiken Deutschlands zu befriedigen, sondern aus dem Wunsche des eminent politischen Papstes, aus dem in Deutschland durch den Einfluß des Socialismus sich bildenden Zersetzungsproceß und den daraus entstehenden Verlegenheiten der Regierung, aus der bei den schlechten Zeitverhältnissen allgemein herrschenden Unzufriedenheit für sich den größtmöglichen Vortheil zu ziehen. Die Weigerung, die Anzeige der Ernennung von Bischöfen zu erstatten und einen Befehl an diese zu erlassen, die Ernennung der Geistlichen zur Anzeige zu bringen, eine Concession, die allerorten der Vatican gewährt, läßt nur zu deutlich erkennen, daß, als der Papst sah, daß die Kraft des Deutschen Reiches denn doch noch nicht so erlahmt sei, daß es bedingunslos seinen Frieden mit der Curie machen würde, er es für angezeigt hielt, einen günstigeren Augenblick hierfür abzuwarten. Wenn man die Angelegenheit unter diesem Gesichtspunkte auffaßt, so erklärt sich auch, warum die Curie darauf besteht, daß sie die Friedensverhandlungen begonnen habe. Sie wollte zu all' den in Deutschland herrschenden Wirren das Odium der Unversöhnlichkeit auf die Schultern der Reichsregierung wälzen, den Haß der frondirenden Katholiken gegen diese verschärfen; dann erklärt sich, warum sie den Frieden über die Centrumspartei hinweg, nicht mit der Regierung geschlossen hat. Sie konnte und wollte dieser als Fermentationsstoff nicht entrathen. Der Vatican hatte bei Einleitung der Verhandlungen über einen modus vivendi nicht eine Machtverminderung, sondern eine Machtvergrößerung im Auge. Der Coup ist mißlungen und die Redensarten über den Nichtabbruch der Verhandlungen, über das Stadium der Frage in den Congregationen bedeuten nichts weiter als einen anständigen Rückzug. Entwickelt sich dennoch aus diesen ein Verstoß mit seinem Resultat, so können wir sicher sein, daß wir eine Niederlage erlitten haben. Der Vatican ist jene Pflanze, die in den absterbenden Baum der Freiheit, in ein krankendes Volksleben seine Wurzeln einsenkt, um für sich Leben und Gedeihen ans denselben zu entnehmen.

[Der König] versteht sich, die Gemüther auch der der Monarchie feindlich gegenüberstehenden Elemente zu versöhnen. So empfing er neulich bei seinem Aufenthalte in Bologna den republikanischen Dichter Carducci, der von seiner Unterredung mit dem Könige, worin dieser freimüthig die Verschiedenheit ihres politischen Standpunktes betonte, aber auch seine Bewunderung für des Dichters Muse Ausdruck gab, ganz begeistert, für den jungen Monarchen zurückgekehrt sein soll, eine Begeisterung, die nicht gerade dadurch gemindert wurde, daß die Königin ihm eingestand, einige seiner Oden auswendig zu wissen. Es wird Carducci gerade so gegangen sein, wie jenem eingefleischten Republikaner, der nach einer Unterredung mit König Victor Emanuel erklärte: diesen Mann darf ich nicht noch einmal sehen, sonst ist es um meine republikanischen Grundsätze geschehen.

Frankreich.

⊙ **Paris,** 14. Novbr. [Aus der Deputirtenkammer. — Akademisches.] In Versailles hatte sich heute trotz des schlechten Wetters ein zahlreiches Publikum eingefunden, um der heutigen Kammersitzung beizuwohnen. Es handelt sich nämlich um die Prüfung der Wahl des Baron v. Bourgoing im Nièvre-Departement. Die Untersuchungs-Commission beantragt durch ihren Berichterstatter die Invalidation. Der Baron v. Bourgoing vertheidigt selbst seine Wahl. Herr Floquet hatte die Absicht, zu Anfang der Sitzung seinen Bericht über die Wahl de Fourtous niederzulegen und dessen Verlesung von der Kammer zu verlangen, aber man begann die Sitzung sogleich mit der Prüfung der Wahl des Baron de Bourgoing und wird nach deren Erledigung erst der Bericht über die Wahl de Fourtous an die Reihe kommen; das ist, im weiteren Verlaufe der Sitzung. Die Discussion über die Wahl de Muns wird Sonnabends vor die Kammer kommen. Gambetta wird, wie es heißt, morgen beantragen, daß die Budget-Discussion vor der Kammer Donnerstag den 21. November beginne, anstatt Montag, wie er früher wollte; es konnten nämlich nicht alle Berichte bis Montag fertig gedruckt sein. — Die Deputirten der Rechten hielten heute eine Versammlung, um über ihre Haltung während der Budgetdebatte zu berathen. Man sagt, daß sie die Beschlüsse der Commission bekämpfen wollen, namentlich in Betreff des Budgets des Cultus. — Die französische Akademie hat heute die Wahl eines Akademikers als Ersatzmann an die Stelle des verstorbenen Loménil vorgenommen. Nachdem der Herzog d'Audiffret-Pasquier seine Candidatur bis auf die Zeit verschoben hat, wo man für Dupanloup einen Ersatz wählen wird, so blieben zwei Candidaten, die sich um den freigewordenen Platz bewerben: Herr Taine und Eduard Fournier und dieser letztere übrigens nur, um sich überhaupt vorzustellen. Es waren 26 Akademiker anwesend, die absolute Majorität betrug also 14. Es erhielten: Taine 20 Stimmen, Fournier 4, Lecomte de l'Isle 1. Herr Taine ist also gewählt. Von der Zahl von 40 Akademikern sind zwei gestorben, Herr Loménil und Dupanloup. Eine größere Anzahl derselben war bei der heutigen Wahl abwesend.

Spanien.

Madrid, 13. Novbr. [Moncasi. — Kirchliches.] Als das Todesurtheil Oliva verkündet wurde, hörte er ohne die mindeste Erregung zu und unterzeichnete später eine Empfangsbescheinigung. Seinen Bruder, der zu einem Besuche von Catalonien herübergekommen war, bat er, Schritte zu thun, damit er noch sein Kind zu sehen bekomme. Binnen 10 Tagen wird der Prozeß in Appellinstanz abermals vorgenommen werden. — Das Pariser „Univers" theilt folgende Zuschrift des Bischofs von Minorca an den Baron de la Arenas, Bürgermeister von Mahon, mit:

Hochverehrter Herr! In Berücksichtigung des Angriffes, dessen sich die Gemeindeverwaltung bei der Auswahl eines allgemeinen Kirchhofes schuldig gemacht hat, habe ich mich gezwungen gesehen, alle Verbindungen als Bischof mit dem Gemeinderath sowohl als mit seinen Mitgliedern abzubrechen. Aus den nämlichen Gründen habe ich eine Untersuchung betreffs der zu verhängenden canonischen Strafen und Rügen anordnen lassen. Mit lebhaftem Bedauern übersende ich Ihnen diese unangenehme Mittheilung; aber ich wünsche, offenkundig zu handeln und Ihnen alle Ueberraschungen zu ersparen. Ihr ergebenster (gez.) Bischof von Minorca.

Das „Univers" bemerkt hierzu, daß der betreffende neutrale Kichhof wohl dicht bei dem katholischen gelegen sein müsse oder gar mit ihm in Verbindung stehe.

Belgien.

Brüssel, 12. Nov. [Die Thronrede.] Seit 1856 hat keine Thronrede den Liberalen eine so große, ernste und gerechtfertigte Befriedigung gewährt, als die, welche Leopold II. heute zur Eröffnung der Session 1878—79 verlesen hat. Stilistisch, schreibt man dem „Frankf. Journ.", ließ sie hier und da zu wünschen übrig; der Inhalt aber ist von echtem Liberalismus durchhaucht. Zum ersten Male hat sich ein belgischer König unumwunden, ohne Rückhalt und Verblümung über die belgische Lebensfrage, der Loslösung von der clericalen Bevormundung in der Unterrichtsfrage, ausgesprochen: „Die geistige Cultur eines Volkes", sprach der König, „ist gegenwärtig mehr denn je die Hauptquelle seines Aufblühens. Durch die Schöpfung eines speciellen Unterrichtsministeriums hat die Regierung hinreichend ihre Absicht kundgethan, mit besonderer Sorgfalt über dieses edle und große Interesse zu wachen. Der auf Kosten des Staates zu ertheilende Unterricht muß unter die ausschließliche Leitung und Aufsicht der Civilbehörden gestellt werden. Er hat die Aufgabe, den jungen Generationen die Liebe und die Achtung der Principien einzuflößen, welche die Basis unserer freien Institutionen bilden." Kaum hatte Leopold diese Worte gesprochen, so ward er von dem stürmischen Applaus der Linken unterbrochen. Dieser Passus ist nicht nur ein Pfand, daß die Revision des Elementar-Unterrichtsgesetzes von 1842 in gewünschter Weise erfolgen, sondern er besagt, daß auch der höhere Unterricht in allen seinen Abstufungen in liberalem Sinn gekräftigt und entwickelt werden soll. Auch in Betreff der mit so herrlichem Erfolg in Angriff genommenen Reform der Wahlgesetzgebung wird ein ferneres Vorgehen in Aussicht gestellt. Die Reorganisation der Armee durch die Bildung einer Reserve von 30,000 Mann wird dann angekündigt. Zu diesem erhält die Bürgergarde neue Gewehre; denn dem Renard'schen, hier bereits besprochenen Plane zufolge soll das erste Aufgebot der Bürgergarde das Hauptelement der Reserve bilden. Den arbeitenden Classen, welche schwer unter der gegenwärtigen Krisis zu leiden haben, verspricht die Thronrede, nichts zu versäumen, um ihre Lage zu verbessern, wenn auch das glücklich gestürzte clericale Regiment eine traurige Erbschaft zurückgelassen hat. Die Thronrede bestätigt in folgenden Worten, was wir unlängst über die Nothwendigkeit berichteten, neue Steuern zu schaffen: „Die finanzielle Lage erheischt eine eingehende Untersuchung; das Gleichgewicht zwischen Einnahmen und Ausgaben ist verschwunden; das Budget von 1877 schließt mit einem Deficit, das des laufenden Jahres kündigt sich nicht günstiger an; der öffentliche Schatz hat (unter Malou) beträchtliche Verpflichtungen übernommen; es heißt jetzt, Mittel und Wege zu finden, um sie erfüllen zu können." Dieser Passus wirkte ernüchternd wie ein Strahl von kaltem Wasser. Die Versammlung wurde erst wieder wärmer, als der König in schwungvoller Weise auf das 1880 stattfindende fünfzigjährige Jubiläum der belgischen Unabhängigkeit hinwies, und Künstler, Gelehrte, Schriftsteller, Industrielle u. s. w. aufforderte, das Ihrige dazu beizutragen, um ein halbes Jahrhundert des Friedens und genossener Freiheit zu feiern. Kaum eine halbe Stunde nachdem die Thronrede verlesen, befand sie sich schon in allen Händen. Die Zeitungen wurden zu Tausenden verkauft. Das schöne Wetter, die „Sonne der Geusen". wie der Volkswitz heute sagte, hatte die ganze Bevölkerung auf die Beine gebracht, und die Revue der Bürgergarde und der Garnison fiel ganz glänzend aus.

[Vor dem Schwurgericht von Brabant] im T'Kint'schen Prozeß wurde heute der Instructionsrichter Willmärs und der Chef der Criminalpolizei, Bourgeois, vernommen, welche vor zwei Jahren T'Kint und Lolo in England arretirten im Moment, als sie sich nach Amerika einschiffen wollten. Nachher erschien Herr Sabatier, der Ex-Administrator der Banque de Belgique. Er machte die gewiß überraschende Enthüllung, daß die Banque de Belgique T'Kint, dem Millionen-Dieb, eine Summe von 40,000 Francs zu seiner Vertheidigung gewährt hat. Es ist vielleicht das erste Mal, deß ein Bestohlener in solcher Weise seinem Diebe unter die Arme greift! Der öffentliche Ankläger bemerkte: er möchte wohl wissen, ob die Actionäre damit zufrieden seien?

Provinzial-Zeitung.

H. **Breslau,** 17. Nov. [Fortschrittspartei in Breslau.] Durch den Vorstand des Wahlvereins der Fortschrittspartei war für gestern Abend 8 Uhr eine Parteiversammlung der Parteimitglieder nach dem Liebich'schen Saale berufen worden, auf deren Tagesordnung „Besprechung des Parteiprogramms und Wahl von Delegirten zum Parteitage in Berlin" standen. Der Vorsitzende des Wahlvereins, Justizrath Friedensburg, eröffnete die verhältnißmäßig zahlreich besuchte Versammlung, indem er zunächst diejenigen Momente darlegte, welche zu der Idee der Abhaltung eines Parteitages der deutschen Fortschrittspartei geführt haben. Diese Idee habe überall, in der Presse, in Versammlungen und Vereinen Anklang gefunden und es solle nunmehr der Parteitag am 23. und 24. d. Mts. in Berlin abgehalten werden. Der Wahlverein der Fortschrittspartei hierselbst habe sich erlaubt, die Parteigenossen in Breslau einzuladen, um darüber Beschluß zu fassen, ob der Berliner Parteitag durch Delegirte von hier aus zu beschicken sei, event. diese Delegirten zu wählen. Justizrath Friedensburg hebt hierbei ausdrücklich hervor, um kein Mißverständniß aufkommen zu lassen, daß der Berliner Parteitag in keiner Weise die Fassung bindender Beschlüsse bezwecke; die Selbstständigkeit der einzelnen Vereine bleibe vollständig unberührt, der Einfluß, den der Parteitag ausüben wolle, könne nur ein moralischer sein. Indem der Redner in seinen weiteren Ausführungen sich dahin äußert, daß er gewünscht hätte, die heutige Versammlung wäre noch zahlreicher besucht, macht er auf die schon so oft und immer wieder gemachte Erfahrung aufmerksam, daß nach großen politischen Aufregungen, wie sie namentlich gerade die Wahlen bieten, sich der Mehrzahl der Wähler eine gewisse Apathie bemächtige, die gern einigen Wenigen die weitere politische Arbeit überlasse.

Sie wissen, führt der Redner im Weiteren aus, wir sind seit der letzten Wahl nicht mehr zusammengekommen. Trotz aller Anstrengungen der vereinigten liberalen Parteien sind dieselben bei den letzten Wahlen geschlagen worden. Diese Niederlage ist für die Fortschrittspartei darum nicht weniger schmerzlich, weil derjenige Candidat, den sie betroffen, nicht direct uns, sondern der nationalliberalen Partei angehört. Ich ergreife diese Gelegenheit, um meiner Genugthuung darüber Ausdruck zu geben, daß die nationalliberale Partei den Compromiß, welchen wir mit ihr vor den Wahlen abgeschlossen, mit der größten Treue und Loyalität ausgeführt hat. Ihre Mitglieder haben sowohl bei den sehr schwierigen Vorverhandlungen und Vorarbeiten zur Wahl, als auch bei der Wahl selbst treu und unausgesetzt der Fahne Folge geleistet, welche wir gemeinschaftlich erhoben haben. Wenn es uns trotzdem nicht gelungen ist, den Sieg zu erringen, und wenn Breslau's Wählerschaft die Demüthigung erleben mußte, im Reichstage, anstatt durch einen hochintelligenten und patriotischen Mann, wie Commerzienrath Molinari, vertreten zu sein durch einen Herrn, dessen erstes Auftreten im Reichstage das allgemeine Gelächter hervorgerufen hat, so möchte ich die Gründe, welche das verursacht haben, heut nicht noch einmal erörtern. Ich glaube, daß es nicht gut ist, Leidenschaften, die fast erloschen sind, aufs Neue anzufachen, und zwar um so weniger, als ich überzeugt bin, ja als ich bestimmt weiß, daß manche von denen, welche bei den letzten Wahlen gegen uns gestimmt haben, heut schon die Einkehr in sich gefunden haben und zu der Ueberzeugung gelangt sind, daß das, was sie damals gethan haben, nicht gut gethan war, und daß sie in Zukunft einer Fahne nicht mehr folgen werden, die vielleicht besser in Breslau niemals entfaltet worden wäre. Möge uns das als Wahrzeichen dienen, daß wir nicht blos vor und während der Wahlen treu zusammenhalten und unsre Thätigkeit nicht bis zum letzten Moment aufsparen sollen, sondern daß es die Pflicht eines jeden freisinnigen Bürgers ist, sich schon vorher denjenigen Vereinigungen anzuschließen, welche bestimmt sind, das öffentliche Leben in Breslau aufrecht zu erhalten.

Redner gedenkt hierbei als eines erfreulichen Zeichens der Gründung eines Fortschrittsvereins" für den südwestlichen Theil der Stadt, weil gerade in jener Gegend ein großer Theil der Arbeiter wohne, die bisher der Socialdemokratie Folge geleistet haben. Redner glaubt, daß in Folge des Socialistengesetzes die Arbeiter von der Tyrannei großer und kleiner Agitatoren frei geworden sind und es möglich sein würde, sie wenigstens zum großen Theile wieder zur Fahne des Fortschritts zurückzuführen, der sie ja in früheren Jahren treu gefolgt sind. Wenn die Arbeiter, meint Redner, unbefangen prüfen, wer ihre besseren Freunde sind, ob diejenigen, welche es sich haben angelegen sein lassen, sie mit ihrer Lage unzufrieden zu machen, ihnen Haß gegen diejenigen einzuflößen, mit denen sie zusammen leben und wirken sollen, ob diejenigen, die nicht im Stande waren, ihr Loos in irgend einer Weise zu verbessern, sondern ihnen nur utopistische Hoffnungen vorgemalt haben, oder diejenigen Klassen der Gesellschaft und politischen Parteien, welche sich seit Jahren unausgesetzt bemüht haben, innerhalb des Rahmens der gegebenen Verhältnisse für die Arbeiter zu sorgen, welche ihnen Freizügigkeit, Coalitionsrecht, Haftpflichtsgesetz u. dergl. erstritten haben, — dann wird es nicht fehlen, daß sie sich von jenen ab- und wieder den liberalen Parteien zuwenden, in dem Bewußtsein und der Ueberzeugung, daß das, was für sie gethan werden kann, von diesen Parteien gethan worden ist und auch in Zukunft immer noch mehr und mehr gethan werden wird.

Hierauf nahm Herr Justizrath Freund das Wort, um den ersten Gegenstand der Tagesordnung, Besprechung des dem Berliner Parteitage vorzulegenden Entwurfes eines Programms der deutschen Fortschrittspartei, durch ein Referat einzuleiten.

Anknüpfend an den Gedanken des Vorredners, daß man sich gewöhnt habe, die politischen Parteien nur vor und während der Wahlen bei der Arbeit zu finden, meint Redner, daß wenn es sich diesmal auch um keine Hauptaction der Partei handle, die auf der Tagesordnung stehende Angelegenheit doch ein sehr wichtige, aber auch eine rein innere, häusliche Frage der Partei sei. Diese thue, indem sie ein Programm berathe und über eine festere Organisation beschließe, in keiner Weise Schritte gegen irgend eine der bestehenden politischen Parteien. Wenn es als eine Forderung, die man im politischen Leben stellen dürfe und müsse, zu bezeichnen sei, daß jede der bestehenden Parteien die andere in ihrer Ueberzeugung achte, so müsse jeder Partei auch das Recht bleiben, ihre inneren Angelegenheiten abzumachen, wie und wann sie will.

Bei der Beantwortung der Frage, ob überhaupt eine Revision des Parteiprogramms, sowie eine anderweite Organisation der Partei nothwendig sei, dürfe die Fortschrittspartei nicht vergessen, daß sie nur einen Theil der großen Partei im Lande und im Reiche bilde und nur in dem Ganzen und mit demselben einen Einfluß auf die öffentlichen Verhältnisse im Lande ausüben könne. Von diesem Standpunkte aus müsse man sich sagen, daß eine Organisation der Partei wohl an einzelnen Orten vorhanden ist, daß es aber im Reiche in Bezug auf die politische Thätigkeit der Partei doch noch nicht so aussehe, wie es aussehen sollte. Als man in Preußen mitten in der Conflictszeit stand, als die Fortschrittspartei gegründet wurde, im Lande Anklang fand und parlamentarische Siege feierte, da brauchte sie nicht weiter organisirt zu sein, denn jeder, der politisch lebte, war eigentlich ein Fortschrittsmann. Als aber die Ereignisse den Blick nach außen lenkten, als die großen Kriege von 1866 und 1870 mit ihren Erfolgen kamen, da war es einerseits eine gewisse eingetretene Beruhigung und Zufriedenheit mit dem Erreichten, und andererseits das, was man die Anbetung des Erfolges nennen kann, aus denen ein Niedergang des politischen Lebens in Deutschland resultirte. Dazu kamen dann die gedrückten wirthschaftlichen Verhältnisse der letzten Jahre, so daß es erklärlich erscheint, wenn innerhalb der Partei eine Stagnation eingetreten, die eine festere Organisation wünschenswerth und nothwendig erscheinen lasse. Die Partei müsse mit allen Kräften dahin wirken, daß sie die Aufgaben, die sie hat und die ihr überliefert sind, durchführe und daß sie tüchtige Kämpfer für dieselben gewinne. Sie können aber diese Kämpfer nicht blos finden dadurch, daß zufällig hier und da eine große und bedeutende Capacität in den Parlamenten sich finde, sondern nur dann, wenn im Lande selbst unter den Wählern so viel lebendiges Interesse vorhanden sei, daß eine gegenseitige Befruchtung zwischen Wählern und Gewählten stattfinden könne. Hiervon ausgehend, sei man gerade aus den Parlamenten heraus zu dem Gedanken einer strengeren Geschlossenheit, einer strafferen Organisation der Partei, aber auch zu der Frage gelangt, ob das Programm derselben einer Revision bedürfe. In letzterer Beziehung dürfe man nicht vergessen, daß im Jahre 1861, als das alte Programm der Fortschrittspartei entworfen wurde, noch kein Deutsches Reich, kein deutscher Reichstag vorhanden war, daß man noch nicht das allgemeine, gleiche, directe und geheime Wahlrecht besaß, daß das Programm also mit den gegenwärtigen Verhältnissen in Einklang zu bringen sei und auszudrücken habe, daß in der Hauptsache als Rahmen, in welchem die Partei ihre Gedanken zu entwickeln habe, das Deutsche Reich zu betrachten sei. In diesem Sinne sei dem Programm eine Erklärung vorangeschickt, welche die in demselben formulirten Grundsätze einleite.

Redner unterzieht nunmehr die einzelnen Punkte des Programms einer eingehenden Besprechung, indem er die Anschauungen und Gedanken von welchen bei der Formulirung derselben ausgegangen worden ist, darlegt.

Wenn das Programm die Entwickelung der parlamentarischen Verfassung durch Kräftigung der Rechte des Reichstages und durch Einrichtung eines demselben verantwortlichen Reichsministeriums als eine Forderung der Partei aufstelle, so sei darauf hinzuweisen, daß diese die doppelte Aufgabe habe, alles abzuwehren, was die bürgerliche Freiheit in irgend einer Weise schädigen könne, nur das, was als gegebenes Recht vorhanden ist, davor zu schützen, daß es uns nicht so unter der Hand abhanden komme. Was in dieser Richtung bereits geschehen, wisse man. — Die im zweiten Punkte geforderte volle Durchführung des Rechtsstaates, insbesondere Gleichheit vor dem Gesetze ohne Ansehen des Standes und der Partei, Aburtheilung von politischen und Preßvergehen durch Geschworene, Sicherung der Preß-, Ver-

sammlungs- und Vereinsfreiheit seien die einzigen Mittel, um das, was man öffentliche Meinung nenne, wirksam zu machen, und zwar nicht blos öffentliche Meinung, entsprungen aus dem Kopfe eines beliebigen Einzelnen, sondern als Ergebniß einer gesunden Discussion im Gegenüberstellen der verschiedenen Meinungen und der Gründe dafür; sie seien die wesentlichen Unterlagen für die controlirende Thätigkeit des öffentlichen und parlamentarischen Lebens.

Die Forderung in Abschnitt III. „Entwickelung der vollen Wehrkraft des Volkes", Verminderung der Militärlast durch Abkürzung der Dienstzeit, sei eine alte Forderung der Partei, solle aber nicht sagen, daß die Fortschrittspartei als politische Partei sich mit rein technisch-militärischen Fragen zu befassen habe, daß die zweijährige Dienstzeit sofort eingeführt werde, eine Herabsetzung des Präsenzstandes sofort eintreten solle. Aber unbeschadet der Bedürfnisse, welche die Landesvertheidigung fordert, um die für die nationale Aufgabe das Land zu beschützen, befriedigt werden müssen, könne man verlangen, daß, wenn diese Ziele mit den Mitteln, die dafür vorhanden sind und vorhanden sein müssen, erreicht sind, man nicht weiter gehe und auch die wirthschaftlichen Interessen des Landes nach Möglichkeit berücksichtige. Weiter solle Satz III nichts ausdrücken. Man sollte meinen, wenn es sich um die Ausgabe handelt, das Reich gegen äußere Feinde zu schützen, es stark und wehrhaft zu machen, dann könne die Regierung dem Reichstage und dem Volke gegenüber ebenso viel Vertrauen haben, wie ihr von diesem entgegengebracht wird. Deshalb aber sei es nicht nothwendig, das Budgetrecht des Landes dadurch zu beschränken, daß die Ausgabe für das Militär in Pausch und Bogen auf eine Reihe von Jahren festgestellt worden, sondern es könne die Feststellung der Friedenspräsenzstärke alljährlich durch das Etatsgesetz erfolgen.

Die Beibehaltung der Matrikularbeträge sei zur Zeit das einzige Mittel, um dem Reichstage ein gewisses Bewilligungsrecht zu sichern. Die weiteren Forderungen des Satz IV, Vertheilung der Steuerlast nach Maßgabe der Steuerkraft u. s. w. seien durchweg von schwerwiegender Bedeutung. Als Grundsatz im Allgemeinen müsse es bezeichnet werden, daß die Fortschrittspartei im Staate, im Reiche den directen Steuern den Vorzug gebe, daß sie die vorhandenen indirecten Steuern ohne Noth nicht vermehren wolle und überhaupt der Meinung sei, daß die letzteren nur dort angewendet werden dürfen, wo sie hingehören, nämlich in der Commune. In dem Augenblicke, wo die indirecten Steuern so ausgiebig gestaltet werden, wie es anscheinend beabsichtigt wird, höre das Budgetrecht des Volkes auf. Mitten in den nicht hinwegzuleugnenden Bestrebungen, die Macht des Reichstages, so gering diese ist, noch mehr zu beschränken, spiele die Frage wegen der indirecten Steuern im Reiche eine wesentliche, ja die Hauptrolle. Was die Steuer- und Zollpolitik überhaupt betreffe, so stelle sich das Programm weder auf den Boden des Freihandels noch auf den des Schutzzolls, da es in keinem dieser beiden Systeme weder das Universal-Heilmittel für alle Beschwerden, noch den Grund aller Schädigungen finden könne. Nur gegen solche Steuerprojecte erkläre sich das Programm, welche einseitigen Interessen dienen.

Die Aufrechterhaltung der Freizügigkeit, der Gewerbefreiheit, des Coalitionsrechtes, sowie die übrigen in Satz V aufgestellten Forderungen bedürfen, wie Redner bemerkt, keiner besonderen Begründung. Wer von dem Unbemittelten verlange, daß er sich durch seine Arbeit frei und unabhängig erhalte, der müsse ihm auch das Recht gewähren, sich seine Arbeit da zu suchen, wo es ihm am günstigsten erscheine, der dürfe ihn in dem Bestreben, jener Forderung zu genügen, nicht beschränken.

Ebenso glaubt Redner bezüglich des Inhaltes von Satz VI und VII sich nicht weiter auslassen zu dürfen.

Wenn man, fährt Redner in Weiterem fort, all' die Sätze des Programms, die ja einer Discussion noch unterliegen werden, betrachte, so werde man nichts darin finden, was innerhalb des großen Rahmens des Deutschen Reiches Parteimitglieder trennen könnte. Dagegen sei in denselben alles das enthalten, was im Deutschen Reiche alle diejenigen Elemente mit einander verbinden müsse, denen es ernst um die Entwickelung der bürgerlichen Freiheit sei. Diese Entwickelung und der Schutz der bürgerlichen Freiheit sei uns gegenwärtig, nachdem das Socialistengesetz angenommen, besonders nahe gelegt. Die Fortschrittspartei habe, obwohl sie in dem Kampfe gegen die Socialdemokratie jederzeit in erster Linie stand, gegen dieses Gesetz gestimmt, aber nachdem dasselbe einmal gegeben, sei man nicht blos schuldig, dasselbe zu halten, man dürfe auch die Berechtigung desselben nicht mehr discutiren. Nun sei es ja richtig, daß Erklärungen abgegeben worden sind, es werde das Gesetz loyal und so gehandhabt werden, daß für alle ehrlich gemeinten politischen Bestrebungen, welche mit dem Umsturze der staatlichen Ordnung nichts zu thun haben, nichts zu befürchten sei. — Dennoch höre man hier und da thatsächlich von Verboten, Schließungen und dergleichen Dingen, die so kurz nach jener öffentlichen Erklärung recht bedenklich machen. Wenn auch vielleicht in dem einen oder dem andern Falle von der vorhandenen Beschwerde-Instanz ein Spruch werde gefällt werden, welcher die Gefahren beseitigt, die der bürgerlichen Freiheit drohen, so bleibt doch immer eine Schädigung, die der Autorität, wenn erst nach Wochen oder Monaten das Ungehörige einer polizeilichen Maßnahme festgestellt wird. Die liberalen Parteien haben die Verpflichtung und müssen sie übernehmen, den Beweis zu führen, es könne bürgerliche Freiheit, wie sie dieselbe anstreben, sehr wohl bestehen, ohne daß irgend wer die Berechtigung hat, eine staatsauflösende und die Gesellschaft beeinträchtigende Störung darin zu finden.

Die Aufgaben der Fortschrittspartei bleiben große, und diesen großen Aufgaben gegenüber habe man die Pflicht, die Partei nach Kräften zu stärken und groß zu erhalten. Dazu solle und möge auch der bevorstehende Parteitag das Seinige beitragen. — Nachdem Redner noch über die Vorschläge betreffs der Organisation der Partei sich kurz geäußert, schließt er mit dem Hinweise, daß er selbst in seiner Eigenschaft als Mitglied des preußischen Landtages dem Parteitage beiwohnen und daß er auf demselben nach den von ihm ausgeführten Gesichtspunkten wirken werde.

Lebhafter Beifall belohnte den Redner für seinen Vortrag, an den ein Herr Sachs noch einige zustimmende Bemerkungen knüpfte.

Darauf entschied sich die Versammlung einstimmig dahin, daß der Parteitag von Breslau aus beschickt werde, und wählte sodann, wie wir bereits mitgetheilt haben, die Herren Friedländer, Dr. Asch, Dr. Steuer und Beblo zu Delegirten der Breslauer Fortschrittspartei.

—r. **Breslau,** 18. Novbr. [Besteuerungsform für den Branntwein-Consum.] In mehreren dem Finanzministerium in Sachen betreffend die Einführung einer besonderen Steuer für den Branntweinbrennerei-Betrieb erstatteten Berichten ist die Ansicht ausgesprochen worden, daß bei Anwendung der in der Regierungs-Circular-Verfügung vom 20sten August d. J. erwähnten Besteuerungsform eine wesentliche Abnahme des Branntwein-Consums nicht zu erwarten sei, das Eingehen eines Theils der kleineren Geschäfte vielmehr nur zu einer Verstärkung des lebensfähigeren Vertriebes ohne Verringerung des übermäßigen Branntwein-Genusses führen dürfte. Diese Umstände, sowie die Rücksicht auf die von der gleichen Belastung der umfangreichen wie der unbedeutenden Geschäfte zu besorgenden Unzuträglichkeiten haben dem Finanzministerium Veranlassung gegeben, von Weiterem auch noch die Durchführbarkeit einer nach dem Umsatz des Branntweins und der Spirituosen zu regelnden Besteuerung der Vertriebsstellen einer näheren Prüfung zu unterwerfen, da eine solche Steuer neben den Vorzügen einer nach dem Betriebs-Umfange abgestuften, alle betheiligten Geschäfte nach Verhältniß ihrer muthmaßlichen Jahres-Einnahmen treffenden Belastung des Branntwein-Vertriebes zugleich eine Handhabe bieten würde, dem Branntweinconsum bei zweckdienlicher Bemessung des Steuersatzes bestimmtere Grenzen zu ziehen. In diesem Sinne ist vom Finanzministerium eine Gesetzvorlage entworfen und den Regierungen mit dem Auftrage übermittelt worden, sich über denselben nach Anhörung der Veranlagungsbehörden und geeigneter Sachverständiger gutachtlich zu äußern. Die Veranlagungsbehörden haben nach Vernehmung geeigneter und zuverläßiger Sachverständigen über folgende Fragen zu berichten: 1) Ob mit den im Gesetzentwurf bezeichneten Mitteln die Einschätzung aller der Steuer zu unterwerfenden Orte des Branntweinvertriebes zu erreichen ist und ob zur Erreichung dieses Zweckes noch andere, event. welche Maßnahmen in Vorschlag zu bringen sein möchten. Es darf jedoch hierbei nicht außer Betracht bleiben, daß die Schwierigkeit geeigneter Erhebungen über den Jahresumsatz die einzelnen Vertriebsstellen namentlich die Einschätzung der vielfach mit anderweitigem Geschäftsbetriebe ungetrennt verwalteten Geschäfte, bei der ersten Veranlagung stärker hervortreten wird, als dies später an der Hand erweiterter practischer Erfahrung der Fall sein dürfte. Auch für die erste Einschätzung würde es in der angedeuteten Richtung von wesentlichem Nutzen sein, wenn sich die Veranlagungsbehörden es angelegen sein ließen, sich die Unterstützung der in den Veranlagungsbezirken, namentlich im Ressort der Ortspolizei, vorhandenen Localbeamten, sowie den Beirath unparteiischer Sachverständigen zu sichern.

2) Ob die in den §§ 8—12 des bezüglichen Gesetzentwurfs vorgesehene informatorische und controlirende Thätigkeit der mit der Einschätzung und Festsetzung der Steuer betrauten Behörden ihre Beihilfe eines der Regierung zur unmittelbaren und ausschließlich zur Disposition zu stellenden Beamtenpersonals mit nachhaltigem Erfolge durchzuführen sein würde und ob nicht etwa schon gleichzeitig mit der Emanation (1. April 1880) eines im Sinne des mitgetheilten Entwurfs zu erlassenden Gesetzes eine dem angedeuteten Bedürfniß entsprechende, entweder den Einrichtungen der Katasterverwaltung oder denen der indirecten Steuerverwaltung gleichartige Organisation ins Leben zu rufen wäre.

3) Ob sich die Schwierigkeit der ersten Einschätzung und Veranlagung nicht dadurch verringern ließe, daß man die bei den Veranlagungsbehörden und den mit der Festsetzung der Steuern betrauten Behörden zu ertheilende Ermächtigung zur Prüfung und Beobachtung des steuerpflichtigen Geschäftsbetriebes schon mit dem Zeitpunkte der Emanation des Gesetzes in's Leben rufe und dadurch der ersten Veranlagung eine geeignete Vorbereitung sicherte,

4) Ob etwa, abgesehen von diesem, zunächst nur für die erste Einschätzungsperiode erheblichen Anstände, im Interesse der fortgesetzten und nachhaltigen Erzielung günstiger Besteuerungsergebnisse die dauernde Einsetzung localer Staatsorgane nothwendig erscheinen möchte?

5) Auf welche Summe der Durchschnittsbetrag des Jahres-Umsatzes der im betreffenden Veranlagungsbezirke bestehenden Vertriebsstätten von Branntwein und Spirituosen nach überschläglicher Schätzung unparteiischen und erfahrenen Sachverständigen zu veranschlagen ist.?

Der Beantwortung dieser Frage, von denen die letzte ganz besonders wichtig ist und deshalb sofort zur Erledigung gebracht werden muß, sieht die Regierung bald entgegen. Die zugezogenen Sachverständigen sind der Regierung namhaft zu machen und etwaige von denselben schriftlich abgegebene Gutachten mit einzureichen.

+ **Breslau,** 18. Novbr. [Leichenbegängniß.] Am gestrigen Sonntage, Vormittags um 11 Uhr, fand vom Trauerhause, Nicolaistadtgraben Nr. 6e, das feierliche Leichenbegängniß des am 14. d. Mts. verstorbenen Particuliers nnd Stadtraths Herrn Heinrich Gustav Rösler nach dem Communal-Kirchhofe bei Gräbschen statt. Zur bestimmten Zeit hatte sich eine Anzahl Leidtragender in der Wohnung des Verstorbenen eingefunden, unter denen sich der Oberbürgermeister Dr. v'on Forckenbeck, der Bürgermeister, Geh. Regierungsrath Dr. Bartsch, der Kämmerer v. Ysselstein, der Syndicus Dickhuth, mehrere Stadträthe und eine große Anzahl von Mitgliedern des Stadtverordneten,Collegiums, sowie Verwandte und Freunde befanden. Diakonus Schultze von St. Elisabeth hielt vor dem auf einem Katafalk ruhenden, mit Palmenzweig und Blumenguirlanden geschmückten Sarge die Trauerrede, in welcher er auf die segensreiche Thätigkeit des Dahingeschiedenen in Bezug auf unsere Communal-Angelegenheiten hinwies. Nach Schluß der Rede wurde der Sarg nach dem Leichenwagen übertragen, dem die Magistrats-Ausreuter und Diener voranschritten, und welchem eine große Anzahl von Equipagen folgte. Auf dem Friedhofe wurden die sterblichen Ueberreste nach erfolgtem Gebet und Segen dem Schooße der Erde übergeben.

Ueber den Lebenslauf des Verewigten ist mitzutheilen, daß derselbe auf dem hiesigen Elisabet-Gymnasium seine Schulbildung genossen, und daß er nach vollendeter Lehrzeit die Bäckerei seines Vaters übernommen hat. Im Jahre 1844 wurde Rösler durch das Vertrauen seiner Mitbürger als Mitglied in das Stadtverordneten-Collegium gewählt, welchem er 22 Jahre angehörte. Seit dem Jahre 1866 gehörte er dem Magistrats-Collegium als unbesoldeter Stadtrath an, welches Ehrenamt er mit praktischer Einsicht unermüdetem Fleiße und mit Aufopferung aller Kräfte zum Besten der Stadt verwaltete. Als Anerkennung seiner Verdienste wurde er von Sr. Majestät dem König mit dem Kgl. Kronenorden 4. Klasse belohnt. — Die Beschaffung der Communal-Friedhöfe in Gräbschen und auf den Polinke-Aeckern ist sein alleiniges Werk, und als Mitglied der Grundeigenthums-Deputation und als Patronatsvertreter bei St. Salvator, und als Decernent für St. Barbara hat er sich ein bleibendes Andenken um die Commune erworben.

Telegraphische Depeschen.

(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Köln, 17. Novbr. Der „Köln. Ztg." wird aus Pest von gestern gemeldet, einflußreiche Delegirte hätten dem Grafen Andrassy versichert, die österreichische Delegation werde voraussichtlich mit 32 gegen 27 Stimmen die Occupationspolitik gut heißen und einen weiteren außerordentlichen Credit bewilligen. — In Kreisen der Delegirten heißt es, Graf Taaffe werde mit der Bildung eines neuen österreichischen Cabinets beauftragt werden.

Wien, 16. Novbr. Der Bildhauer Fernkorn ist gestorben.

Wien, 16. Nov. Meldungen der „Polit, Corresp." Aus Konstantinopel von gestern: Nach auf der Pforte eingelaufnen Meldungen nimmt der Aufstand in Macedonien immer größere Dimensionen an. Derselbe breitet sich bereits nach Thessalien und Epirus aus. Eine Gruppe der Aufständischen befindet sich im Gebirge Maslesplania, in Dsuma, Kreschner und Melnik, eine zweite in Kosseg, Planinakrania und Kustendil, eine dritte concentrirt sich in Karadeg, Vereitschka, Monastir und Florina, eine vierte breitet sich an den Abhängen des Olymps in Verca und Classona aus. Letztere Gruppe besteht zumeist aus Griechen, die übrigen zumeist aus Bulgaren. Die politische Tendenz ist für Viele nur ein Vorwand zum Raub und zur Plünderung. Das Seraskierat hat 23 Bataillone reguläre Truppen und 5 Batterien zur Bekämpfung des Aufstandes aufgebracht. — In den letzten Tagen haben fortgesetzt Ministerconseils in Betreff der griechischen Frage und des definitiven Friedensvertrages mit Rußland stattgefunden. In Bezug auf die griechische Frage ist man geneigt, mit Griechenland in Betreff der Grenzrectification bald in Unterhandlung zu treten. Bezüglich des definitiven Friedensvertrages mit Rußland wird auf der Pforte ein Vertragsentwurf ausgearbeitet, welchen man dem russischen Botschafter, Fürsten Lobanoff, vorlegen will. — Unter dem Vorsitze Karatheodory Paschas ist eine Commission eingesetzt worden zur Ausarbeitung von Reformentwürfen für alle Provinzen der europäischen Türkei, welche von dem Berliner Vertrag nicht direct berührt werden. Im Uebrigen sollen die von Midhat Pascha in Syrien einzuführenden Reformen auch als Ausgangspunkt der Reformen für das ganze türkische Reich dienen. — Aus Belgrad: Die internationale Commission in Vrania dürfte die Regelung der Grenzen zwischen Serbien einerseits und Bulgarien und der Türkei andererseits längstens in zwei Wochen beendigt haben. — Die hiesige bischöfliche Synode hat ihre Arbeiten zum Abschluß gebracht. Die in Betreff der griechischen Kirche in Bosnien und der Herzegowina angeregte Frage wurde von der Tagesordnung abgesetzt, und die Synode von Karlowitz hierfür eventuellen Falles als die competente Behörde bezeichnet.

Pest, 16. Novbr. Heute Nachmittag fand unter dem Vorsitze des Kaisers ein gemeinsamer Ministerrath statt, an dem Graf Andrassy, Graf Bylandt, v. Hofmann, Fürst Auersperg, v. Pretis und Tisza theilnahmen.

Rom, 16. Nov. Der Tiber ist in fortwährendem Steigen begriffen; die Ueberschwemmung verursacht bedeutenden Schaden, insbesondere auf dem Lande, wo weite Strecken unter Wasser stehen. Einige Leichen sind ans Land geschwemmt worden. Ueberall werden Comites zur Unterstützung der von der Ueberschwemmung Betroffenen gebildet.

Rom, 17. Nov. Trotz des Regens in der Nacht ist der Tiber bedeutend gefallen und scheint eine weitere Gefahr beseitigt zu sein.

Paris, 17. Nov. Graf Schuwaloff ist heute Morgen hier eingetroffen. — Der erste Lord der englischen Admiralität, Smith, und Oberst Stanley sind von Marseille kommend hier angelangt.

Paris, 16. Nov. Der „Temps" will wissen, daß die Pforte bereits die Delegirten ernannt habe, welche mit den griechischen Delegirten über die Rectification der griechisch-türkischen Grenze verhandeln sollen.

Versailles, 16. Nov. Deputirtenkammer. Die Wahl des Deputirten Mun (clerical) wurde für ungiltig erklärt.

London, 16. Novbr. Der Herzog von Westminster und Graf Grey haben eine Petition an Lord Beaconsfield gerichtet, in welcher sie um Einberufung des Parlaments bitten. — Lord Roseberi ist zum Rector der Universität Aberdeen gewählt worden.

Petersburg, 17. Nov. Seine Majestät der Kaiser wird voraussichtlich kurz vor dem 7. December zum St. Georgs-Ordensfeste hier wieder eintreffen.

Petersburg, 17. Nov. Die „Agence Russe" constatirt den guten Erfolg der von dem Leiter des auswärtigen Amtes, Senator Giers, aus Livadia an Lord Loftus gerichteten Note und hebt hervor, daß durch diese Note die Frage der gewissenhaften Ausführung des Berliner Vertrages wieder angeregt worden sei. Durch den Berliner Vertrag seien gegenseitige Zugeständnisse festgesetzt worden. Auf der einen Seite habe Rußland in die Abtrennung Rumeliens gewilligt, andererseits hätten die Mächte die administrative Autonomie Rumeliens im Vertrage garantirt. Nur eine vollständige Ausführung des Vertrages könne es dem Kaiser Alexander ermöglichen, seine gegen Europa eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen und seine Truppen nach Rußland zurückzuziehen. Das russische Blut könne nicht umsonst geflossen sein. Die Beruhigung werde durch die Ueberzeugung herbeigeführt werden, daß Niemand ein besserer Freund des Friedens in Europa sei, als Kaiser Alexander und Niemand ein besserer Russe als er.

Konstantinopel, 16. Novbr. Der der Finanzcommission von Kheredin Pascha unterbreitete Entwurf für die Unification der türkischen Staatsschulden hält die Herstellung eines Gleichgewichts ohne Rücknahme der Kaimes und ohne Zahlung der schwebenden Schuld für unmöglich. Es sei nothwendig, eine von England mit Rücksicht auf die Ueberschüsse der Einnahmen in Cypern und Syrien und den egyptischen Tribut garantirte 4procentigen Anleihe im Betrage von 23 Mill. Pfd. aufzunehmen. Die auf diese Weise unter der Controle Englands aufgebrachte Anleihe solle zur Amortisirung der beiden früheren Anleihen und zur Einziehung der Kaimes verwendet werden. Wenn dies geschehen wär, würde sich noch ein disponibler Ueberschuß von 1 Mill. ergeben. Die gegenwärtigen Einnahmen des türkischen Reiches betrügen 12 Millionen. Die Pforte würde alsdann die Zahlung von ½ pCt. auf alle Schulden vorbereiten können und eine successive Erhöhung auf 1 und 2 pCt. eintreten lassen können, im Verhältniß zu der Erhöhung ihrer Einnahmen, die sich auf 20 Millionen bringen lassen würden.

Konstantinopel, 16. Nov. Wie verlautet, hat Safvet Pascha nach vorheriger Unterredung mit dem Sultan in dem Ministerrathe auf die Nothwendigkeit hingewiesen, ein freundschaftliches Arrangement mit Griechenland herzustellen, bevor eine Mediation der Mächte stattfände, um die Bestimmungen des Berliner Vertrages zur Ausführung zu bringen. Die von dem Congresse vorgeschlagenen Grenzbestimmungen seien zwar undurchführbar, da sie keine natürlichen Grenzlinien aufstellten, jedoch würde die Pforte ihrerseits als Aequivalent ein Territorium auf der Seite von Volo abtreten. Die Vorschläge des Minister-Conseils wurden dem Sultan unterbreitet; dieselben empfehlen keine bestimmte Grenzlinie, sondern nur die Herstellung eines dem Berliner Congresse conformen Arrangements. Man glaubt, daß der Sultan den Vorschlägen der Minister seine Zustimmung ertheilen werde.

Bukarest, 17. Nov. Die Kammern sind zum 27. d. M. einberufen worden.

Belgrad, 17. Nov. Fürst Milan ist nach Nisch abgereist.

Washington, 16. Novbr. Schatzsecretär Sherman macht die Einberufung weiterer 5 Millionen $^{5}/_{20}$er Bonds vom Jahre 1865 bekannt.

(Aus Hirsch' telegraphischem Bureau.)

Konstantinopel, 16. Novbr. Gutem Vernehmen zufolge hat nunmehr auch die Pforte ihre Vertreter im Auslande angewiesen, den Regierungen, bei welchen dieselben accreditirt sind, die bestimmte Versicherung auszudrücken, daß die Pforte mit allen Kräften bemüht sein werde, dem Berliner Tractat türkischerseits eine loyale Ausführung zu sichern. Auch im Verkehr mit den hiesigen Bevollmächtigten der Signaturmächte betont jetzt Safvet Pascha ganz besonders die Friedensliebe des Sultans und dessen ausdrücklichen Wunsch, daß alle Schwierigkeiten, welche durch besondere Umstände veranlaßt, noch nicht hätten beseitigt werden können, jetzt behoben werden sollen. Im Anschluß hieran wird aus ministeriellen Quellen bekannt, daß die Verhandlungen über eine mit Oesterreich-Ungarn abzuschließende Convention bezüglich Bosniens und der Herzegowina — welche kürzlich wieder aufgenommen sind und hier geführt werden — einem günstigen Abschlusse nahe seien und daß die zwischen der Pforte und Rußland schwebenden Unterhandlungen über einen definitiven Friedensvertrag jetzt gegründete Aussicht auf eine erfreuliche Beendigung hätten.

Meteorologische Beobachtungen auf der königl. Universitäts-Sternwarte zu Breslau.

Nov. 16., 17.	Nachm. 2 U.	Abends 10 U.	Morgens 6 U.
Luftwärme	+ 6°,9	+ 4°,9	+ 5°,7
Luftdruck bei 0°	329''',50	329''',19	328''',85
Dunstdruck	2''',45	2''',52	2''',84
Dunstsättigung	67 pCt.	82 pCt.	86 pCt.
Wind	S. 3.	S. 1.	SO. 2.
Wetter	heiter.	bedeckt.	bedeckt.

Nov. 17., 18.	Nachm. 2 U.	Abends 10 U.	Morgens 6 U.
Luftwärme	+ 8°,0	+ 2°,5	+ 0°,3
Luftdruck bei 0°	328''',75	330''',64	331''',73
Dunstdruck	3''',51	2''',28	1''',95
Dunstsättigung	87 pCt.	91 pCt.	95 pCt.
Wind	SO. 1.	W. 4.	SW. 1.
Wetter	bedeckt.	heiter. N. etw. R.	heiter, Reif.

Breslau, 18. Nov. [Wasserstand.] O.-P. 5 M. 26 Cm. U.-P. — M. 76 Cm.

Breslau, 18. Nov., 9½ Uhr Vorm. Die Stimmung am heutigen Markte war im Allgemeinen matt, bei reichlichem Angebot Preise schwach preishaltend.

Weizen in gedrückter Stimmung, pr. 100 Kilogr. schlesischer neuer weißer 13,60—16,00—17,40 Mark, neuer gelber 13,20—15,80 bis 16,80 Mark, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Roggen in ruhiger Haltung, pr. 100 Kilogr. 11,40 bis 12,30 bis 13,00 Mark, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Gerste, nur feine Qualitäten blieben beachtet, pr. 100 Kilogr. neue 12,40 bis 13,50 Mark, weiße 14,20—14,70 Mark.

Hafer schwache Kauflust, pr. 100 Kilogr. neuer 10,40 — 10,90 — 11,40 bis 12,40 Mark.

Mais ohne Aenderung, pr. 100 Kilogr. 11,20—12,20—12,80 Mark.

Erbsen gut behauptet, pr. 100 Kilogr. 13—14—16 Mark, Victoria-17,50—18,50—19,50 Mark.

Bohnen schwache Kauflust, pr. 100 Kilogr. 15,50—16,50—18 Mark.

Lupinen mehr beachtet, pr. 100 Kilogr. gelbe 8,00—8,20—8,50 Mark, blaue 8,00—8,10—8,40 Mark.

Pro 100 Kilogramm netto in Mark und Pf.

Schlag-Leinsaat	24	25	21	50	19	50
Winterraps	24	25	21	—	18	50
Winterrübsen	23	75	20	50	18	50
Sommerrübsen	23	—	20	50	18	50
Leindotter	21	—	20	—	17	50

Rapskuchen mehr beachtet, pr. 50 Kilogr. 6,90—7,10 Mark.

Leinkuchen ruhiger, pr. 50 Kilogr. 8,40—8,80 Mark.

Kleesamen schwach gefragt, rother ruhig, pr. 50 Kilogr. 37—40—44

Mark, weißer unverändert, pr. 50 Kilogr. 44—57—64 Mark, hochfeiner über Notiz.

Thymothee nominell, pr. 50 Kilogr. 15—18—19 Mark.

Mehl ohne Aenderung, pr. 100 Kilogr. Weizen fein 25,50—27,50 Mark, Roggen fein 19,50—20,50 Mark, Hausbacken 19,25—19,75 Mark, Roggen-Futtermehl 8,75—9,50 Mark, Weizenkleie 7,20—8 Mark.

Heu 2,80—3,00 Mark pr. 50 Kilogr.

Roggenstroh 19,00—20,00 Mark pr. Schock à 600 Kilogr.

Berliner Börse vom 16. November 1878.

Fonds- und Geld-Course.

Deutsche Reichs-Anl.	4	95,00 bz
Consolidirte Anleihe	4½	104,75 bz
do. do. 1876	4	94,70 bzG
Staats-Anleihe	4	94,90 bz
Staats-Schuldscheine	3½	91,90 bz
Präm.-Anleihe v. 1855	3½	145,00 bzG
Berliner Stadt-Oblig.	4½	101,90 bz
Pfandbriefe. Berliner	4½	101,60 bz
Pommersche	3½	84,40 bz
do.	4	95,60 B
do.	4½	102,50 bzG
do. Lndsch.Crd.	4½	— —
Posensche neue	4	94,70 bzG
Schlesische	3½	86,60 G
Lndschaftl. Central	4	94,70 bz
Rentenbriefe. Kur- u. Neumärk.	4	96,20 G
Pommersche	4	95,90 B
Posensche	4	95,10 B
Preussische	4	94,90 bz
Westfäl. u. Rhein.	4	98,00 bz
Sächsische	4	97,90 bz
Schlesische	4	96,10 G
Badische Präm.-Anl.	4	120,50 bzG
Baierische 4% Anleihe	4	123,25 bz
Cöln-Mind.Prämiensch	3½	115,40 G
Sächs. Rente von 1876	3	72,60 B

Kurh. 40 Thaler-Loose 244,25 bz
Badische 35 Fl.-Loose 144,25 G
Braunschw. Präm.-Anleihe 80,80 bzG
Oldenburger Loose 136,25 bz

Ducaten 9,60etbzB	Dollars 4,18 G
Sover. — —	Oest. Bkn. 173,35bz
Napoleon 16,18 bz	do. Silbergd 172,50 G
Imperials 16,66 G	Russ. Bkn. 200,70 bz

Hypotheken-Certificate.

Krupp'sche Partial-Ob.	5	107,90 bz
Unkb.Pfd.d.Pr.Hyp.-B.	4½	96,30 bzG
do. do.	5	102,00 bzG
Deutsche Hyp.-B.-Pfb.	4½	94,90 bzG
do. do. do.	5	100,00 bzG
Kündbr. Cent.-Bod.-Cr.	4½	100,00 G
Unkünd. do. (1872)	5	101,50 bz
do. rückzb. à 110	5	106,10 G
do. do. do.	4½	98,40 bzG
Unk.H.d.Pr.Bd.-Crd.B.	5	— —
do. III. Em. do.	5	99,00 bzG
Kündb.Hyp.Schuld. do.	5	100,00 bz
Hyp.-Anth.Nord-G.C-B	5	92,75 bzG
do. do. Pfandbr.	5	92,75 bzG
Pomm. Hyp.-Briefe	5	97,50 G
do. do. II. Em.	5	92,00 G
Goth. Präm.-Pf. I. Em.	5	107,00 bzB
do. do. II. Em.	5	104,50 G
do. 5% Pf.rkzlbr.m.110	5	96,50 bzB
do. 4½ do. do. m.110	4½	90,50 bz
Meininger Präm.-Pfdb.	4	110,25 bz
Pfdb.d.Oest.Bd.-Cr.-Ge.	5	— —
Schles. Bodencr.-Pfdbr.	5	99,60 etbzB
do. do.	4½	95,20 G
Südd. Bod.-Cred.-Pfdb.	5	103,25 bz
do. do. 4½%	4½	98,70 G

Ausländische Fonds.

Oest. Silber-R. (1./1.-1./7.)	4⅕	54,10 etbzG
do. (1./4.-1./10.)		54,10 etbzG
do. Goldrente	4	62,60 bz
do. Papierrente	4⅕	53,40 bzG
do. 54er Präm.-Anl.	4	100,00 G
do. Lott.-Anl. v. 60	5	108,00 bzG
do. Credit-Loose	fr.	297,90 bz
do. 64er Loose	fr.	260,20 bz
Russ. Präm.-Anl. v. 64	5	146,90 bz
do. do. 1866	5	144,25 bz
do. Bod.-Cred.-Pfdbr.	5	73,30 bz
do. Cent.-Bod.-Cr.-Pfb.	5	73,10 bz
Russ.-Poln.Schatz-Obl.	4	79,40 bz
Poln. Pfndbr. III. Em.	5	61,10 bzG
Poln. Liquid.-Pfandbr.	4	54,60 bz
Amerik. rückz. p. 1881	6	105,10 etbzG
do. do. 1885	6	99,70 G
do. 5% Anleihe	5	104,20 bzB
Ital. 5% Anleihe	5	74,50 G
Ital. Tabak-Oblig.	6	102,50 B
Raab-Grazer 100Thlr.L	4	70,70 bzG
Rumänische Anleihe	8	— —
Türkische Anleihe	fr.	12,10 bzG
Ungar. Goldrente	6	73,20 bz
Ung. 5% St.-Eisnb.-Anl.	5	71,50 G

Schwedische 10 Thlr.-Loose —
Finnische 10 Thlr.-Loose 38,10 bz
Türken-Loose 40,00 bzG

Eisenbahn-Prioritäts-Actien.

Berg.-Märk. Serie II.	4½	100,25 G
do. III. v. St. 3¼g.	3½	84,80 G
do. do. VI.	4½	100,00 B
do. Hess. Nordbahn.	5	103,40 bzB
Berlin-Görlitz	5	101,50 G
do.	4½	— —
do. Lit. C.	4½	84,00 B
Breslau-Freib. Lit. E.	4½	— —
do. Lit. G.	4½	95,50 G
do. do. H.	4½	— —
do. do. J.	4½	94,70 bz
do. do. K.	4½	94,70 bz
do. von 1876.	5	101,75 bz
Cöln-Minden III. Lit. A.	4	
do. Lit. B.	4½	100,10 bzG
do. IV.	4	93,90 B
do. V.	4	92,75 bzB
Halle-Sorau-Guben	4½	101,50 etbzB
Hannover-Altenbeken.	4½	— —
Märkisch-Posener	5	— —
N.-M. Staatsb. I. Ser.	4	96,50 G
do. do. II. Ser.	4	94,75 bz
do. do. Obl. I. u. II.	4	96,50 G
do. do. III. Ser.	4	— —
Oberschles. A.	4	— —
do. B.	3½	— —
do. C.	4	— —
do. D.	4	— —
do. E.	3½	86,00 B
do. F.	4½	— —
do. G.	4½	100 G
do. H.	4½	101,25 G
do. von 1869.	5	101,40 bz
do. von 1873.	4	91,75 G
do. von 1874.	4½	100,00 B
do. Brieg-Neisse	4½	— —
do. Cosel-Oderb.	4	— —
do. do.	5	— —
do. Stargard-Posen	4	— —
do. do. II. Em.	4½	100,25 G
do. do. III. Em.	4½	100,25 G
do. Ndrschl.Zwgb.	3½	79,00 bz
Ostpreuss. Südbahn	4½	99,25 G
Rechte-Oder-Ufer-B.	4½	— —
Schlesw. Eisenbahn	4½	99,75 bzG
Dux-Bodenbach	fr.	63,25 G
do. II. Emission	fr.	54,00 bzG
Prag-Dux	fr.	19,00 bzG
Gal. Carl-Ludw.-Bahn	5	86,30 G
do. do. neue	5	85,50 bz
Kaschau-Oderberg	5	60,30 bzG
Ung. Nordostbahn	5	56,70 bzG
Ung. Ostbahn	5	54,10 bz
Lemberg-Czernowitz	5	66,40 G
do. do. II.	5	68,20 G
do. do. III.	5	61,25 bz
do. do. IV.	5	56,75 G
Mährische Grenzbahn	5	52,25 etbzG
Mähr.-Schl. Centralb.	fr.	18,40 G
do. II.	fr.	— —
Kronpr. Rudolf-Bahn	5	65,30 bzG
Oesterr.-Französische	3	338,25 bzB
do. do. II.	3	322,25 G
do. südl. Staatsbahn	3	237,50 bzG
do. neue	3	237,25 G
do. Obligationen	5	81,75 bzG
Rumän. Eisenb.-Oblig.	6	82,00 bz
Warschau-Wien II.	5	96,50 B
do. III.	5	94 G
do. IV.	5	83,40 bz
do. V.	5	79,56 bzB

Wechsel-Course.

Amsterdam 100 Fl.	8 T.	4	168,90 bz
do. do.	2 M.	4	167,85 bz
London 1 Lstr.	3 M.	6	20,24 bz
Paris 100 Frcs.	8 T.	3	80,95 bz
Petersburg 100 SR.	3 M.	6	199,00 bz
Warschau 100 SR.	8 T.	6	200,40 bz
Wien 100 Fl.	8 T.	4½	173,10 bz
do. do.	2 M.	4½	171,85 bz

Eisenbahn-Stamm-Actien.

Divid. pro	1876	1877		
Aachen-Mastricht	1	½	4	14,00 bzG
Berg.-Märkische	3¾	3 1/3	4	76,75 bz
Berlin-Anhalt	6	5¾	4	90,25 bz
Berlin-Dresden	0	0	4	8,50 bz
Berlin-Görlitz	0	0	4	11,25 bz
Berlin-Hamburg	11	11½	4	197,00 bz
Berl.-Potsd-Magdb	3½	3½	4	82,90 bzG
Berlin-Stettin	8 9/10	7 1/10	4	111,10 bz
Böhm. Westbahn	5	5	5	69,50 bz
Bresl.-Freib.	5	2½	4	63,90 bz
Cöln-Minden	5¼	5 1/20	4	103,00 bz
Dux-Bodenbach.B.	0	0	4	16,30 bz
Gal. Carl-Ludw.-B.	7	92/7	4	102,40 bz
Halle-Sorau-Gub.	0	0	4	11,00 bzG
Hannover-Altenb.	0	0	4	12,00 bzG
Kaschau-Oderberg	4	4	5	44,50 G
Kronpr. Rudolfb.	5	5	5	51,20 bzG
Ludwigsh.-Bexb.	9	9	4	181,75 bz
Märk.-Posener	0	0	4	16,75 bz
Magdeb.-Halberst.	8	8	4	127,75 bzG
Mainz-Ludwigsh.	5	5	4	69,60 bz
Niederschl.-Märk.	4	4	4	96 G
Oberschl. A.C.D.E.	9 2/3	8½	3½	127,00 etbzB
do. B.	9 2/3	8½	3½	— —
Oesterr.-Fr. St.-B.	5 2/5	6	4	444-443,50
Oest. Nordwestb.	5	4,15	5	190,75 bzG
Oest.Südb.(Lomb.)	0	0	4	121-,50
Ostpreuss. Südb.	0	0	4	39,10 bz
Rechte-O.-U.-B.	6 2/5	6 1/3	4	105,60 bz
Reichenberg-Pard.	4½	4	4½	35,50 etbzG
Rheinische	7½	7	4	107,75 bz
do. Lit.B. (4% gar.)	4	4	4	93,06 bzG
Rhein-Nahe-Bahn	0	0	4	5,90 G
Rumän. Eisenbahn	1	2	4	34,75-35 bz
Schweiz Westbahn	3/5	0	4	11,40 bz
Stargard-Posener	4½	4½	4½	100,40 bzG
Thüringer Lit. A.	9¼	7½	4	115,75 etbzB
Warschau-Wien.	6 2/3	5	4	171,80 G

Eisenbahn-Stamm-Prioritäts-Actien.

Berlin-Dresden	0	0	5	21,25 bzG
Berlin-Görlitzer	0	0	5	30,75 bzG
Breslau-Warschau	0	0	5	21,00 G
Halle-Sorau-Gub.	0	0	5	37,75 bzG
Hannover-Altenb.	0	0	5	26,90 bzG
Kohlfurt-Falkenb.	0	0	5	19,25 G
Märkisch-Posener	3¾	4½	5	86,00 bzG
Magdeb.-Halberst.	3½	3½	3½	76,95 bzG
do. Lit. C.	5	5	5	104,10 bzG
Ostpr. Südbahn	5	5	5	88,50 bzG
Rechte-O.-U.-E.	6 2/5	6 1/3	5	111,75 bzG
Rumänier	8	8	8	86,50 bzG
Saal-Bahn	0	0	5	16,00 bzG
Weimar-Gera	0	0	5	13,75 bzG

Bank-Papiere.

Alg. Deut. Hand.-G.	0	2	4	27,10 bz
Anglo DeutscheBk.	0	0	4	— —
Berl. Kassen-Ver.	10 7/12	8 4/15	4	146,00 bzG
Berl. Handels-Ges.	0	0	4	60,75 bzG
Brl. Prd.-u.Hdls.-B.	6½	6	4	64,00 B
Braunschw. Bank.	5	3	4	83,10 bz
Bresl. Disc.-Bank.	4	3	4	64,20 B
Bresl. Wechslerb.	5 2/3	5 1/3	4	73,50 bzB
Coburg. Cred.-Bnk.	4½	5	4	73,50 B
Danziger Priv.-Bk.	7	0	4	104,25 G
Darmst. Creditbk.	6	6¾	4	117,90 bz
Darmst. Zettelbk.	5¼	5¾	4	100,50 B
Deutsche Bank	6	6	4	100,90 bz
do. Reichsbank	6⅛	6,29	4½	154,20 bz
do. Hyp.-B. Berlin	8	7½	4	84,25 bz
Disc.-Comm.-Anth.	4	5	4	134,60 bz
do. ult.	4	5	4	135,00-135,25
Genossensch.-Bnk.	5½	5½	4	90,50 bz
do. junge	5½	5½	4	93,50 G
Goth. Grundcredb.	8	8	4	100,60 bz
Hamb. Vereins-B.	10	10 5/9	4	— —
Hannov. Bank	5 14/15	6	4	102,90 bzG
Königsb. Ver.-Bnk.	5 1/3	6	4	85,10 B
Lndw.-B. Kwilecki.	5½	4	4	52 G
Leipz. Cred.-Anst.	6	5 2/3	4	112,25 B
Luxemburg. Bank	6	6½	4	105,50 G
Magdeburger do.	6	5 9/10	4	108,00 G
Meininger do.	2	2	4	77,00 etbzG
Nordd. Bank	8	8½	4	139,50 G
Nordd. Grundcr.-B.	8	5	4	53,50 bzG
Oberlausitzer Bk.	1 2/3	3	4	65,25 bzG
Oest. Cred.-Actien	11¼	8 1/3	4	402½-404
Posener Pro.-Bank	6½	6½	4	97,75 G
Pr.Bod.-Cr.-Act.-B.	8	8	4	80,10 bz
Pr. Cent.-Bod.-Crd.	9½	9½	4	117,40 bzB
Sächs. Bank	8	5¾	4	103,10 G
Schl. Bank-Verein	5	5	4	88,30 G
Weimar. Bank	0	0	4	31,00 bzG
Wiener Unionsbk.	11 1/14	3½	4	120,00 bzG

In Liquidation.

Berliner Bank	—	—	fr.	4,00 G
Berl. Bankverein	—	—	fr.	27 bzG
Berl. Wechsler-B.	—	—	fr.	— —
Centralb. f. Genos.	—	—	fr.	12,50 bz
Deutsche Unionsb.	—	—	fr.	19,00 bzG
Gwb. Schuster u. C.	0	—	fr.	— —
Moldauer Lds.-Bk.	0	—	fr.	— —
Ostdeutsche Bank	—	—	fr.	— —
Pr. Credit-Anstalt	—	—	fr.	— —
Sächs. Cred.-Bank	5½	—	fr.	105,50 G
Schl. Vereinsbank	0	—	fr.	62,00 G
Thüringer Bank	0	0	fr.	74,50 bz

Industrie-Papiere.

Berl. Eisenb.-Bd-A.	0	—	fr.	499 B
D. Eisenbahnb.-G.	0	0	4	3,50 bzG
do. Reichs-u.Co.-B.	0	0	4	69,50 bzG
Märk. Sch. Masch.G	0	0	4	20,25 bzG
Nordd. Gummifab.	5	4	4	45 G
Westend. Com.-G.	0	—	fr.	0,25 G
Pr. Hyp.-Vers.-Act.	12 4/5	8	4	86,00 B
Schles. Feuervers.	18	25	fr.	955 G
Donnersmarkhütt.	3	3	4	25,00 G
Dortm. Union	0	—	4	8,80 bzG
do. abgest.	0	—	4	11,60 bzG
Königs- u. Laurah.	2	2	4	72,50 bzG
Lauchhammer	0	0	4	23,75 G
Marienhütte	6	3	4	46,00 bzG
OSchl. Eisenwerke	0	—	4	— —
Cons. Redenhütte	—	—	4	75,00 G
Schl. Kohlenwerke	0	0	4	9,00 G
Schl.Zinkh.-Actien	7	6½	4	80,50 G
do. St.-Pr.-Act.	7	6½	4½	90,50 G
Tarnowitz. Bergb.	0	0	4	42,75 B
Vorwärtshütte	0	0	4	— —
Baltischer Lloyd	—	—	fr.	5 G
Bresl. Bierbrauer.	0	0	4	— —
Bresl. E.-Wagenb.	2 2/3	1	4	53,75 etbzG
do. ver. Oelfabr.	3 1/3	5	4	51,00 G
Erdm. Spinnerei	0	0	4	15,25 G
Görlitz. Eisenb.-B.	1¾	4	4	64,50 B
Hoffm.'s Wag.Fabr.	0	0	4	16,75 G
O.-Schl. Eisenb.-B.	0	0	4	31,50 G
Schl. Leinenind.	5½	—	4	67,00 G
do. Porzellan	0	1½	4	— —
Wilhelmsh. MA.	0	0	4	23,75 B

Bank-Discont 5 pCt.
Lombard-Zinsfuss 6 pCt.

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

(W. T. B.) **Paris**, 17. November, Abends. [Boulevard-Verkehr.] 3% amortisirbare Rente 79, 25, 3% Rente 76, 72½, Anleihe von 1872 112, 61 Türken 12, 17½, Spanier exter. —, do. inter. —, neue Egypter —, —, Chemins égyptiens —, —, Türkenloose —, —, Banque ottomane 482, 50, Italiener 75, 80, österr. Goldrente 62⅜, ungar. Goldrente 74¾, 1877er Russen 84⅞. Fest. Neue Egypter-Anleihe 4 Prämie.

Berlin, 17. Novbr., Nachm. 1 Uhr 10 Min. [Privatverkehr.] Creditactien 405,00—403,50, Franzosen 443,50, Lombarden 121,50, 1860er Loose 108,50, österr. Silberrente 54,00, do. Papierrente 53,25 do. Goldrente 62,40, ungarische Goldrente 73,25, Italiener 74,75, Türken 12,50, 5proc. Russen 81,00, Russische Noten per ultimo 201,00, Rumänier 35,25 bis 35,00, Köln-Mindener Bahn —,—, Bergisch-Märkische Bahn 77,10, Rheinische Bahn 108,00, Oberschlesische Bahn —,—, Galizier 102,40—102,25, Disconto-Commandit 136,00—135,50, Deutsche Bank —, Darmstädter Bank —, Reichsbank —, Laurahütte 72,75. Geschäftslos. — Nachbörse: Schwächer. Creditactien 403,00, Franzosen —,—, österreich. Goldrente —,—, österr. Papierrente —,—, ungar. Goldrente —,—, Galizier —,—, Disconto-Commandit 135,00, 1877er Russen —,—, do. Noten —,—, Laurahütte —,—.

Frankfurt a. M., 17. Nov., Nachm. [Effecten-Societät.] Wiener Wechsel —. Böhmische Westbahn 139½. Elisabethbahn 138¼. Galizier 203¾. Franzosen 220. Lombarden —. Nordwestbahn 95⅝. Silberrente 54. Papierrente 53¼. Goldrente 62⅜. Ungar. Goldrente 73⅛. Amerikaner de 85 —, —. 1860er Loose —, —. 1864er Loose —, —. Creditactien 200½. Oesterr. Nationalbank 683, 00. Darmst. Bank 118⅜. Meininger Bank —, —. Hess. Ludwigsb. —, —. Ungar. Staatsloose 153⅝. do. Schatzanw., alte —, —, do. do. neue —, —. Reichsbank —, —. 1877er Russen 81. Franzosen 220. Ziemlich fest.

Nach Schluß der Börse: Creditactien 200¼, Franzosen 220¼.

Hamburg, 16. Novbr., Nachmittags. [Schluß-Course.] Hamburger St.-Pr.-A. 115¼, Silberrente 54, Goldrente 62¼, Creditactien 201, 1860er Loose 108¼, Franzosen 552, Lombarden 152, Ital. Rente 74¼, Neueste Russen 81⅛, Vereinsbank 121, Laurahütte 72½, Commerzbank 101⅛, Norddeutsche 139¼, Anglo-deutsche 30¼, Int. Bank 85, Amerik. de 1885 98, Köln-Minden. St.-A. 103, Rhein. Eisenb. do. 107¾, Berg.-Märk. do. 76⅞, Disconto 4 pCt. — Schluß sehr fest.

Hamburg, 16. Novbr., Nachm. [Getreidemarkt.] Weizen loco und auf Termine ruhig. Roggen loco und auf Termine ruhig. Weizen per Nov.-Dec. 176 Br., 175 Gd., per April-Mai 183 Br., 182 Gd. Roggen per November-December 123 Br., 122 Gd., per April-Mai 126 Br., 125 Gd. Hafer still. Gerste fest. Rüböl ruhig, loco 60, per Mai 59½. Spiritus ruhig, per November 44¾ Br., per November-Decbr. 43 Br., per Januar-Februar 42½ Br., per April-Mai 43 Br. Kaffee ruhig. Umsatz 2500 Sack. Petroleum behauptet, Standard white loco 9, 40 Br., 9, 30 Gd., per Novbr. 9, 30 Gd., per November-December 9, 40 Gd. — Wetter: Regnerisch.

Hamburg, 17. Nov., Nachm. [Privatverkehr.] Oesterr. Silberrente 54, do. Papierrente 53⅛, do. Goldrente 62⅛, 1860er Loose 108, Credit-Actien 199½, Lombarden 151, Franzosen 550, 1877er Russen 81. Matt, still.

Wien, 17. Nov., Nachm. [Privatverkehr.] Creditactien 231,60, Franzosen 255,00, Galizier 235, 00, Anglo-Austrian 101, 50, Lombarden —, —, Papierrente 61, 55, österr. Goldrente 72,10, ungar. Goldrente 84, 60, Marknoten 57, 67½, Napoleons 9, 33½. Matt.

Liverpool, 16. Novbr., Vormittags. [Baumwolle.] (Anfangsbericht.) Muthmaßlicher Umsatz 6000 Ballen. Unverändert. Tagesimport 200 B. rangooner.

Liverpool, 16. Novbr., Nachmittags. [Baumwolle.] (Schlußbericht.) Umsatz 6000 Ballen, davon für Speculation und Export 1200 Ballen. Upland, Mobile 1/16 billiger, Egypter ⅛ theurer, Futures 1/32 billiger.

Pest, 16. Nov., Vormittags 11 Uhr. [Productenmarkt.] Weizen loco fest, Termine matter, per Frühjahr 8, 75 Gd., 8, 80 Br. Hafer per Frühjahr 5, 92 Gd., 5, 97 Br. Mais (Banat) per Frühjahr 4, 95 Gd., 5, 00 Br. Wetter: Prachtwetter.

Paris, 16. Novbr., Nachm. [Productenmarkt.] (Schlußbericht.) Weizen ruhig, per November 27, 25, per December 27, 25, pr. Januar-April 27, 75, per März-Juni 28, 00. Mehl ruhig, per November 61, 25, per December 61, 25, per Januar-April 61, 50, per März-Juni 61, 75. Rüböl ruhig, per Novbr. 86, 50, per December 86, 25, per Jan.-April 85, 50, per Mai-August 85, 50. Spiritus ruhig, per November 61, 75, per Januar-April 60, 75. — Wetter: Regen.

Paris, 16. Nov., Nachm. Rohzucker fest, Nr. 10/13 pr. November pr. 100 Kilgr. 50, 75, Nr. 5 7/8 pr. November per 100 Klgr. 57, 00. Weißer Zucker ruhig, Nr. 3 per 100 Klgr. per November 59, 75, per Decbr. 60, 00, per Januar-April 61, 25.

Antwerpen, 16. Novbr., Nachmittags 4 Uhr 30 Min. [Petroleummarkt.] (Schlußbericht.) Raffinirtes, Type weiß, loco 22½ bez. u. Br., per Decbr. 22½ Br., per Januar 23¼ Br., per Febr. 23¼ Br. — Matt.

Bremen, 16. Novbr., Nachmitt. Petroleum ruhig. (Schlußbericht.) Standard white loco 9, 15, per December 9, 15, per Januar 9, 25, per Februar-April 9, 40.

Breslau, am 14. November 1878.

Schlesische Prinz Friedrich-Wilhelm-Stiftung.

Nach den Bestimmungen des Statuts vorgenannter Stiftung werden alljährlich aus den Einkünften des Stiftungsfond von Sr. Kaiserlichen und Königlichen Hoheit dem Kronprinzen Stipendien für junge Leute aus der Provinz Schlesien bewilliget, welche sich für die **Landwirthschaft** oder die **Gewerbe** ausbilden wollen, und zwar

a. Stipendien bis 360 Mark zum Besuch einer höheren landwirthschaftlichen Lehranstalt oder eines höheren gewerblichen Instituts;
b. Stipendien bis 300 Mark zum Besuch von Ackerbauschulen oder Handelsschulen und gewerblichen Lehranstalten;
c. Unterstützungen Behufs Erlernung eines Handwerks oder zur Vervollkommnung in demselben.

Die Bewerber um solche Stipendien haben ihre diesfälligen Gesuche unter Beifügung von Zeugnissen über ihre bisherige Vorbildung und unter Angabe ihrer Familien- und Vermögens-Verhältnisse an den geschäftsführenden Curator, General-Landschafts-Director Graf **von Pückler**, bis zum 31. December d. J. einzureichen. [7676]

Das Curatorium der Schlesischen Prinz Friedrich-Wilhelm-Stiftung.
v. Puttkamer, Ober-Präsident. Graf Pückler, Gen.-Landsch.-Director. v. Forckenbeck, Ober-Bürgermeister.

Heut früh wurde meine liebe Frau **Xenie** von einem muntern Knaben glücklich entbunden. [7846]
Charlottenhof bei Königshütte, den 16. November 1878.
Küntzel, Markscheider.

Sonnabend, den 16. d. Mts., starb unsere innig geliebte Tochter und Schwester **Betty Günter**, geb. **Aust**, im Alter von 18 Jahren. Dies allen Verwandten und Bekannten zur traurigen Mittheilung. [1780]
Um stille Theilnahme bittet
Familie **Aust**.
Bahnhof Kosten, 16. Novbr. 1878.

Todes-Anzeige.
Am 14. d. M., Mittags, entschlief in Folge Herzschlages der hiesige Guts-, stellvertretende Amts-Vorsteher und Standesbeamte Herr

Ferdinand Klose,
Ritter des Rothen Adler-Ordens IV. Klasse.

Der Verstorbene gehörte der hiesigen Sterbekasse seit einer Reihe von Jahren als Mitglied an und führte durch längere Zeit die Geschäfte derselben als Vorsitzender. [1779]

Die Unterzeichneten verlieren in ihm einen treuen Mitarbeiter und sehr lieben Freund.

Sein Andenken wird stets in uns fortleben.

Antonienhütte, den 16. Nov. 1878.
Der Vorstand und das Curatorium der Antonienhütter Sterbekasse.
M. Fröhlich.
C. Stahr. G. Appolt. R. Calov.

Stadt-Theater.
Montag, den 18. November. „**Tell.**" Große Oper mit Tanz in 4 Aufzügen. Musik von Rossini. [7790]

Lobe-Theater. 7845
Montag, den 18. Novbr. 1. Gastspiel des Herzoglich Meiningenschen Hoftheaters. „**Die Räuber.**" Schauspiel in 5 Acten von Friedr. Schiller. (Anfang 7 Uhr.)

Ich halte meine **Poliklinik** für **innere Krankheiten** jetzt täglich Nachmittags **3—5** Uhr ab. [5528]
Dr. S. Fraenkel,
Freiburgerstr. 18, I.

Zur Nachricht!
Den geehrten Herren Geschäfts-Reisenden mache die ergebene Mittheilung, daß ich [7766]
mein Hôtel
nach wie vor weiterführe.
Julius Hanke,
Liegnitz.

Gesundheits-Jacken, Hemden, Unterbeinkleider, Leibbinden und **Strümpfe**, sowie seidene und wollene **Cachenez, Kragen, Manschetten, Schlipse** und **Regenschirme** gebe ich recht billig ab.
H. Timendorfer jr.
Beuthen OS. [1675]

Ich suche zwei jüdische junge Leute, welche etwas Vermögen haben und in ein gutes Geschäft zu **heirathen** wünschen, ebenso kann ich etablirten jungen Kaufleuten **größere** und **kleinere Partien** nachweisen. [1719]
L. Korant in Steinau a. O.

Der neueste Roman von **Wilhelm Jensen** „Das Pfarrhaus zu Ellernbrook" — Die neueste Novelle von **Fanny Lewald-Stahr** „Zum Zeitvertreib" eröffnen den neuen, soeben beginnenden **einundzwanzigsten** Jahrgang von [7843]

Ueber Land & Meer

Der Abonnementspreis für dieses reichillustrirte und gediegene Familienblatt beträgt: **vierteljährlich nur 3 Mark** für die Nummernausgabe — wöchentlich 2½ Bogen größt Folio — oder **alle 14 Tage nur 50 Pfennig** für die Heftausgabe in elegantem Umschlag.
Alle Buchhandlungen, Zeitungsagenten u. Postämter (letztere mit kl. Postzuschlag) nehmen Bestellungen an.

Winterpaletots, Kaiserpaletots für Herren und Knaben jeden Alters.
Reichhaltigste Auswahl.
Durch besonders günstige Einkäufe außergewöhnlich billige Preise im [7352]
Kleider-Bazar
von
Gebr. Taterka,
Albrechtsstraße 59,
Ecke Ring u. Schmiedebrücke.

Zum Breslauer Markt
offerirt: **Weiß- und buntleinene Taschentücher,** [7844]
Weiße Leinwand in allen Qualitäten und Breiten,
Weißleinene Handtücher, Schachwitz und Damast,
dto. **Tischtücher und Servietten,**
dto. **Tischgedecke zu 6 und 12 Servietten**
von unschädlicher Rasenbleiche,
sowie blaue und gedruckte Schürzenleinwand,
dto. dto. abgepaßte Schürzen,
leinene Gläsertücher mit bunten Kanten,
Prima Creas- oder Haus-Leinwand,
zu Fabrikpreisen
die Fabrik leinener Waaren von
E. Diebitsch aus Schmiedeberg.
„Alte Börse", Blücherplatz. Nur bis Freitag, den 22. Novbr.

Neue
Hosenschoner,
Unzerreißbare Lederaufhänger,
Hosenselbstschnaller,
Mantelschlösser,
Gürtelschlösser,
Schleppenträger,
Manschettenknöpfe,
seidene und halbseidene Halstücher
offerire im Detail zu den billigsten Engros-Preisen. [6504]
M. Charig, Blücherplatz 18 und Ring 49.

Specialität in Glasphotographien,
nach Thorwaldsen, [7538]
auch **Helden und Componisten,**
allerbilligst bei
Julius Jacob,
Blücherplatz 19,
Rahmen- u. Holzwaaren-Fabrikgeschäft.

Rothbuchen
in Klötzern verschiedener Längen hat billig abzugeben. [1756]
Off. sub Nr. 35 an die Exp. d. Bl.

In einer Stadt Oberschlesiens, Bahnhof, ist ein frequentes
Kohlengeschäft
bald zu verkaufen. [7727]
Gef. Offert. sub **W. 2705** an **Rudolf Mosse, Breslau,** erbeten.

Für Haarleidende!



Das Ausfallen der Haare in 24 Stunden zu heben, das Ergrauen zu verhindern, die älteste Kahlköpfigkeit zu beseitigen, neuen Haarwuchs zu befördern ist der aus Pflanzenstoffen bereitete Haarbalsam Esprit des cheveux von **Hutter & Co. in Berlin**, Depot bei **C. F. Gerlich** in **Breslau**, Nicolaistr. 33,



in Flacons à 3 Mark, das beste und wirksamste Mittel. [7841]

Nur echten Astrachaner Caviar
in schöner, hellgrauer Waare versendet gegen Nachnahme das Brutto-Pfd. incl. Faß mit 4 Mark 50 Pf. [1417]
C. Goralczik, Myslowitz OS.

Für eine chemische [7707]
Düngerfabrik
wird ein in diesem Fache erfahrener
Comptoirist
gesucht, welcher sich auch für Reisen qualificirt. Offerten sub U. 2703 an **Rudolf Mosse, Breslau.**

In Liegnitz
ist ein Geschäftslocal in vorzüglicher Lage per Neujahr zu vermiethen.
Näheres sub E. 2713 **Rudolf Mosse, Breslau.** [7847]

Ein routinirter **Destillations-Reisender** sucht per sofort, gleichviel in welcher Branche, eine Reisestelle.
Gefällige Offerten beliebe man an O. O. hauptpostlagernd zu richten.

Neumarkt 6
die ganze 1. Etage als Geschäftslocal oder Wohnung zu vermiethen per 1. April 1879. [5477]

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein.
Druck von Graß, Barth u. Comp. (W. Friedrich) in Breslau.